
Gewerkschaften neu denken – Sozialismus ins Auge fassen

SAM GINDIN

Auch in den USA sind die Gewerkschaften in einer umfassenden Krise. Sie haben sich dem Neoliberalismus als spezifische Form gesellschaftlicher Herrschaft untergeordnet. Die Bestrebungen für ihre Erneuerungen haben nur bescheidene Erfolge gebracht. An verschiedenen Orten sind deshalb Arbeiterversammlungen entstanden, die in den lokalen Gemeinschaften verankert sind und Lohnabhängige über alle Branchengrenzen hinweg individuell ansprechen. Solche neuen, intermediären Organisationsformen können wesentlich dazu beitragen, eine neuartige klassenbasierte Politik zu entwickeln. Solange die Gewerkschaften jedoch ihren Partikularismus für bestimmte Kategorien von Lohnabhängigen nicht zugunsten einer Strategie der Vertretung der Lohnabhängigen im breitesten Sinne aufgeben, werden sie sich nicht erneuern können. Der nachstehende Beitrag nennt Anknüpfungspunkte, wie Organisationen der Lohnabhängigen ein umfassendes Klassenverständnis entwickeln können. (CZ)

Nachdem die Gewerkschaften drei Jahrzehnte hindurch als gesellschaftliche Kraft geschwächt wurden, können wir ihre im Großen und Ganzen blutleere Reaktion auf die große Finanzkrise nur noch konstatieren. Sie haben es verpasst, die goldene Gelegenheit zu ergreifen, die durch die Occupy-Bewegung geschaffen wurde. Diese hat bewiesen, dass kühne Aktionen einen populistischen Nerv berühren können. Die Gewerkschaften hingegen haben mit ihrer Strategie zur Abwahl des Gouverneurs in Wisconsin 2012 über ein Jahr nach der vorbildlichen Besetzung des Parlamentsgebäudes in Madison, allerdings sechs Monate vor dem Beginn von Occupy Wall Street eine Niederlage eingefahren. Die Linke ist heute nun mit der beunruhigenden Frage konfrontiert: Ist eine Verjüngung der Gewerkschaften wirklich noch möglich, oder haben sie aufgehört, eine wirksame historische Organisationsform zu sein, in der sich die Lohnabhängigen organisieren? Um es klar zu sagen: Die Frage lautet nicht, ob Gewerkschaften und gewerkschaftlich geführte Kämpfe dabei sind zu verschwinden. Die Gewerkschaften werden torckeln, manchmal sehr heldenhaft. Sie werden weiterhin Lohnabhängige organisieren, über Tarifverträge verhandeln und sich um Missstände kümmern. Sie werden auch weiterhin streiken, Protestmärsche organisieren, demonstrieren und uns bei Gelegenheit an die Potenziale erinnern, die in der Arbeiterklasse stecken. Aber die Gewerkschaften, wie sie gegenwärtig existieren, scheinen nicht mehr in der Lage zu sein, angemessen auf das Ausmaß der Probleme zu reagieren, mit denen die Arbeiterklasse konfrontiert ist – gleich ob am Arbeitsplatz, am Verhandlungstisch, in der lokalen Gemeinde, in der Wahlpolitik oder in der ideologischen Debatte.¹

Ein aktuelles Symposium zum Thema Gewerkschaften in den entwickelten kapitalistischen Ländern kam zum Schluss, dass der rückläufige Trend überall sichtbar ist (Baccaro 2010; siehe auch Urban 2011). Dieser Aufsatz konzentriert sich jedoch auf die Sackgasse der US-Gewerkschaften. Das letzte Mal, als die US-Arbeiterklasse in den 1930er

Jahren mit einer vergleichbaren wirtschaftlichen und innenpolitischen Krise konfrontiert war, führte dies in der Folgezeit zu einem Aufschwung der Industriegewerkschaften. Welche neuen Formen der Organisation der Arbeiterklasse könnten sich in heute eine Bahn brechen? Damals waren Kommunisten und Sozialisten entscheidend für die Bildung und Orientierung der Gewerkschaften, zu einer Zeit als radikale Organisatoren von der Vorstellung inspiriert wurden, dass die Lohnabhängigen die historischen Akteure einer neuen Gesellschaft und die Gewerkschaften Schulen für den Sozialismus werden könnten. Ist es im Lichte der jüngsten Geschichte immer noch glaubwürdig, dass die arbeitenden Menschen eines Tages im Zentrum radikaler gesellschaftlicher Veränderungen stehen? (Fletcher Jr. 2004.)

Solche Fragen sind nüchtern, nicht defätistisch zu stellen. Formuliert im Geiste: «ohne Illusionen, aber nicht desillusioniert», bringen sie zum Ausdruck, was anzupacken ist, wenn man die Erneuerung der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse ernsthaft angehen und näher betrachten will, wie der Zustand der Gewerkschaften und einer Linken, die über den Kapitalismus hinaus gehen will, zusammen passen.

Die Kluft zwischen der sozialistischen Idee auf der einen, ihren organisatorischen Kapazitäten und den Stimmungen der Bevölkerung auf der anderen Seite, scheint vorerst – vor allem, aber nicht nur, in Nordamerika – jede Massenrekrutierung von Lohnabhängigen und jungen Aktivisten für eine explizit sozialistische Partei oder selbst eine explizit parteiähnliche Formation auszuschließen. Dies legt uns ein scheinbar bescheideneres Projekt nahe: Wie können die Gewerkschaften noch einmal als wirksame reformistische Organisationen dienen und – damit unmittelbar zusammenhängend – wie kann die sozialistische Idee noch einmal Teil einer ernsthaften politischen Debatte werden? Im heutigen Kontext derart zurückhaltende Ziele zu verwirklichen, macht es erforderlich, radikale Perspektiven und institutionelle Innovationen in den Kampf einzubringen und damit neue Möglichkeiten für die Wiederherstellung einer relevanten Linken zu schaffen.

Ein grundlegendes Hindernis hierfür ist der seit langem kritisierte Sachverhalt, dass die Gewerkschaften in ihrem Kern bereichsspezifische Organisationen sind: Obwohl sie aus der Arbeiterklasse entstanden sind, repräsentieren sie nicht die Klasse als Ganze.² Dies ist wahrscheinlich nicht allein durch eine interne Dynamik in den Gewerkschaften zu ändern. Wir können auch nicht erwarten, dass plötzlich neue Parteien der Arbeiterklasse entstehen, um das Problem zu lösen. Möglich und dringend erforderlich ist die Schaffung neuer intermediärer Institutionen – mehr als Gewerkschaften, weniger als eine Partei –, die sich der Konstituierung der Arbeiterklasse als soziale Kraft verpflichten sehen, sowohl am als auch außerhalb des Arbeitsplatzes.

Neoliberalismus und Fatalismus

Die umfangreiche Literatur über gewerkschaftliche Erneuerung der letzten Jahrzehnte konzentriert sich im allgemeinen auf die Notwendigkeit, die Bürokratie mit mehr interner Demokratie und mehr einfallsreichem Aktivismus zu bekämpfen, um die Kluft zwischen dem Ökonomischen und dem Politischen in den Gewerkschaftsstrategien zu überwinden und eine Verbindung zu den lokalen Gemeinden sowie breitere Bündnisse zu schaffen.³ Diese Schritte sind unbestreitbar wichtig für jeden Versuch, die Gewerkschaft-

ten als gesellschaftliche Akteure zu erneuern. Doch die Bürokratisierung kann nur erklären, warum es so wenig Revolten innerhalb der Gewerkschaften gab. (Wenn die Lohnabhängigen nicht mit ihren eigenen Bürokraten umgehen können, wie kann man dann erwarten, dass sie die Gesellschaft verändern können?) Die Gewerkschaften können zwar demokratischer und kämpferischer werden, doch das dürfte nur dazu führen, dass ihre eigenen spezifischen Bedürfnisse aggressiver verfolgen. Das nannte Raymond Williams «militanten Partikularismus» (Williams 1989).⁴ Nur allzu oft führt die Überwindung der Kluft zwischen dem Ökonomischen und dem Politischen in den Gewerkschaftsstrategien dazu, die Mobilisierung auf das Feld der Wahlen und des Lobbyings zu verschieben. Bündnisse, so positiv ihre Rolle bei bestimmten Themen und Kampagnen auch sein mag, bringen Gruppen zusammen, die selber schwach und keine wirklichen Massenbewegungen sind. Längerfristig ist es in jeder Beziehung unwahrscheinlich, dass sie zusammen eine Summe erzeugen, die größer ist als die schwachen Einzelteile.

Das grundlegende Problem bei einem Großteil dieser Literatur ist die mangelnde Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Kontext und damit der Abhängigkeit der Lohnabhängigen von der privaten Kapitalakkumulation: Kapital tätigt die Investitionen, organisiert die Produktion, besorgt die Anwendung von Wissenschaft und Technologie, schafft die Arbeitsplätze und erzeugt das Wachstum und die Steuereinnahmen für Sozialprogramme und öffentliche Beschäftigung. Die verständliche Neigung von Lohnabhängigen, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, besteht darin, sich dieser naturalisierten Realität anzupassen, und dies drückt sich in der Form von Gewerkschaften aus, die ein Instrument sind, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Gewerkschaften bringen verschiedene Bereiche der Arbeiterklasse mit unterschiedlichen Interessen, Ebenen von Klassenbewusstsein und politischen Präferenzen zusammen. Die gewerkschaftliche Vertretung wird oft mit dem Job übernommen, statt explizit erkämpft und gewählt zu werden. Die Einheit wird über spezifische, gruppeninterne Forderungen geschaffen, die in der Regel den Preis der Ware Arbeitskraft dieser Beschäftigten und ihre spezifische Arbeitsbedingungen betreffen. Dadurch bildet sich eine enge Form der Solidarität (für eine allgemeine Diskussion siehe Swartz und Warskett 2012).

Die Staaten haben solchen Partikularismus ihrerseits verstärkt, indem sie unterstützende Streikposten und politische Streiks einschränkten. Die Unternehmen haben mit ihrer Bereitschaft, den Lohnabhängigen wirtschaftliche Forderungen zuzugestehen, während sie sich standhaft weigern, über umfassendere Forderungen zu verhandeln, ebenfalls eine Verengung der Perspektive gefördert. Aber das Grundproblem bleibt. Es hat sehr bedeutsame Momente gegeben, in denen die Gewerkschaften ihre bereichsspezifischen Grenzen überschritten und ein leuchtendes Beispiel gegeben haben, wie es sein kann, wenn sie wie eine Klasse denken und handeln. In dem Maße aber, wie sie «gereift» sind und sich institutionalisierten, sind diese bemerkenswerten Momente seltener und kürzer geworden, obgleich sie nicht verschwunden sind. Der Punkt ist, solange die Wurzel ihres Partikularismus nicht in Frage gestellt wird, gerät die Erneuerung der Gewerkschaften ins Schlingern. Mitglieder, die ein instrumentelles Verhältnis zu ihrer Gewerkschaft haben, statt in ihnen einen Hebel zu ihrer Konstituierung als Klasse sehen, behandeln ihre Mitgliedsbeiträge wie Zahlungen an eine Versicherungsagentur. Und Leitungsmitglieder, die, ebenfalls aus instrumentellen Gründen, ihre Mitglieder möglicherweise

von Zeit zu Zeit mobilisieren, sind darauf bedacht, eine solche Mobilisierung nicht «aus der Hand zu geben». Auch die Bündnisse, die die Gewerkschaften schaffen oder denen sie beitreten, schaffen primär einen Zusammenhalt für Teilinteressen, statt Klasseninteressen zu formieren und ein langfristiges kollektives Projekt zu entwickeln.⁵

Während es in der Vergangenheit manchmal möglich war, trotz der Verpflichtung auf Partikularinteressen gewisse Erfolge zu erreichen und diese auf andere Lohnabhängige auszudehnen, ist der gegenwärtige Partikularismus ein entscheidendes Hindernis, sogar bei der Verteidigung vergangener Erfolge. In ihren Visionen begrenzt und in ihren Strukturen zersplittert, waren die Gewerkschaften kein Gegenpol zur Offensive der Unternehmer und vor allem des Staates. In dieser Hinsicht gab es die erste bedeutende Niederlage der amerikanischen Arbeiterbewegung nach den Mobilisierungen und ihrer Reorganisation in den 1930er Jahren nicht in den 80er Jahren, sondern unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als eine starke kapitalistische Klasse einer starken Arbeiterklasse gegenüber stand. Sie ging Hand in Hand mit der Niederlage der radikalen Linken innerhalb der Gewerkschaften – inmitten der antikommunistischen Repression und der «zu allem bereiten» Anpassung an diese durch die meisten Gewerkschaftsführungen. Diese Haltung wurde gestützt von dem unter den Lohnabhängigen zunehmend verbreiteten Glauben – der durch die Nachkriegsentwicklung noch untermauert wurde –, die von den Gewerkschaften durchgesetzten Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Sozialleistungen würden beweisen, dass der Kapitalismus viel von dem anbieten konnte, was der Sozialismus versprach – und zu einem viel geringeren Risiko. Die hohe Beschäftigung in den 60er Jahren bot dann Raum für eine Radikalität an der Basis, die häufig den engen Rahmen des sogenannten Gesellschaftsvertrags sprengte, der zwischen Gewerkschaften und Management geschmiedet worden war. Das Kapital betrachtete dies zunehmend als Hindernis für seine Profite, zumal sich in der Zeit die kapitalistische Globalisierung bereits beschleunigte. Als die Krise des Keynesianismus in den folgenden Jahrzehnten durch neoliberale Rezepte gelöst werden sollte, erwiesen sich die Kapazitäten, die die Arbeiterbewegung in den guten Zeiten aufgebaut hatte, als erbärmlich unzulänglich. Die Art, wie die Gewerkschaften den Gesellschaftsvertrag interpretiert hatten, und die begrenzte Form, die die Rebellion dagegen annahm, schufen die Bedingungen für die zweite Niederlage der Arbeiterbewegung. Diese beschränkte sich diesmal nicht auf die sogenannten Radikalen innerhalb der Arbeiterbewegung, sondern betraf die Gewerkschaften als Institution und darüber hinaus die gesamte Arbeiterklasse.

Als die Militanz an der Basis gebrochen war, ersetzte der Fatalismus der Lohnabhängigen den alten Gesellschaftsvertrag als Schlüssel zur Reproduktion der kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse. Terry Eagleton formulierte prägnant: «Es waren nicht Illusionen über den neuen Kapitalismus, sondern es war die Enttäuschung über die Möglichkeit diesen zu verändern, die sich als ausschlaggebend erwies.» (Eagleton 2011: 5f.) Die Arbeiter leisteten noch Widerstand, aber nur periodisch. Die Zahl der Streiks sank (in allen entwickelten kapitalistischen Ländern) und im Widerstandsrepertoire kamen Kampagnen für Arbeit-nach-Vorschrift, Sitzstreiks, Betriebsbesetzungen und massenhafte Streikposten immer weniger vor. Ehrgeizige Forderungen verschwanden weitgehend aus dem Gesichtsfeld, eine Entwicklung, die ein Arbeiter so umschrieb: Wir «lassen all unsere Hoffnungen draußen im Regen und kommen ins Haus und verriegeln

gleich die Tür. Sie wissen, nur den Schlüssel umdrehen und <klick>. Das ist es, was wir immer dachten, das könnten wir sein.» (Dewie Burton, zitiert in Cowie 2010: 13.)

Derartige Resignation ist ein Spiegelbild des kollektiven Versagens der Gewerkschaften und der radikalen Linken, den Neoliberalismus analytisch und organisatorisch zu fassen, nicht nur als alternative Ideologie und Set von Politikformen, sondern, wie Greg Albo sagt, als eine historisch spezifische Form von Klassenherrschaft (Albo 2005). Für das Kapital war das Vierteljahrhundert, das der derzeitigen Krise vorausging, ein zweites «goldenes Zeitalter» (trotz der in der Linken verbreiteten Vorstellungen von einer verlängerten Profitkrise), das eine bemerkenswerte Umstrukturierung der Industrie durch technologischen Fortschritt, globale kapitalistische Konkurrenz und gegenseitige Durchdringung hervorbrachte. Der arbeitenden Bevölkerung brachte dieses neue goldene Zeitalter des Kapitals permanente Unsicherheit, größte Ungleichheiten, die Zerstörung von Solidargemeinschaften und die Unterordnung der Demokratie und der gesellschaftlichen Kreativität unter die Ideologie und Praxis der «Wettbewerbsfähigkeit» wie auch unter die Anforderung, die Anleihemärkte zufrieden zu stellen. Die Erfolge der gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen in der Nachkriegszeit verleiteten dazu, den größeren Teil dieser Errungenschaften durch Zugeständnisse retten zu wollen.⁶ Da eine nachhaltige Gegenreaktion ausblieb, erlangte die Auffassung, der Neoliberalismus sei «die erfolgreichste Ideologie in der Weltgeschichte», Glaubwürdigkeit (Anderson 2000).

Diese Ideologie setzt sich durch, auch wegen der materiellen Veränderungen, die der Neoliberalismus für das Leben der Menschen brachte, vor allem durch die erweiterte und vertiefte Ökonomisierung der Arbeit. Angesichts des Fehlens kollektiver Alternativen – des Fehlens einer Vision und vor allem praktischer Ansatzpunkte um zu kämpfen – fanden die Familien der Lohnabhängigen individuelle Wege, um damit umzugehen. Sie trugen damit zur Reproduktion der neoliberalen Ideologie bei. Die Arbeitszeiten stiegen dramatisch, junge Lohnabhängige blieben länger zu Hause, verheiratete Paare zogen mit den Eltern zusammen, um auf einen Hypothekenkredit zu sparen, Kreditkarten wurden allgegenwärtig, die Familien verschuldeten sich mehr und mehr. Wohnen wurde ein Vermögenswert und eingesetzt, um noch größere Kredite zu erhalten. Gespannt wurde beobachtet, wie sich die Aktienmärkte auf die Altersrenten auswirken würden. Steuersenkungen wurden als Ersatz für Lohnerhöhungen begrüßt. Der verschärfte Wettbewerb und die Abhängigkeit der Lohnabhängigen von «ihrem» Unternehmen schwächten die Klassensolidarität. Spalterlöhne (two-tier wages)⁷ am Arbeitsplatz schreckten die jungen Lohnabhängigen ab, von denen die Erneuerung der Gewerkschaften abhing. Die wirtschaftlichen Umstrukturierungen zwangen die Beschäftigten dazu umzuziehen, um Arbeit zu finden, und brachen Gemeinschaften von Arbeitern entzwei. Streikposten und Demonstrationen wichen individualisierten Antworten, um Zugang zum Konsum zu erhalten, somit verblassten die solidarischen Empfindungen und die kollektiven Fähigkeiten verkümmerten. Marx' Beschreibung des Kapitalismus als eines Systems, das die menschliche Welt in eine von atomisierten, einander feindlich gesinnten Individuen aufgelöst hat, schien nie mehr zuzutreffen als in den vergangenen Jahrzehnten (zitiert in Miliband 1965: 281).

Der Rückgang der gewerkschaftlichen Organisierung, zusammen mit den Kürzungen der Sozialprogramme und der Intensivierung des Wettbewerbs auf den Arbeitsmärkten,

steigerte nicht nur die soziale Ungleichheit zwischen Arbeit und Kapital, sondern auch die innerhalb der Arbeiterklasse.⁸ Selbst wenn die mächtigsten und gewerkschaftlich am besten organisierten Sektoren Zugeständnisse machten, führte dies nur zu noch mehr Zugeständnissen der Lohnabhängigen in schwächeren Positionen. Während beispielsweise inflationsbereinigt die Löhne der Automobilarbeiter in den drei Jahrzehnten vor 2007 stabil blieben, sanken sie in der verarbeitenden Industrie um 10 %, im Einzelhandel um 17 % und der auf Bundesebene geltende Mindestlohn sank gar um 26%.⁹ Beschäftigte außerhalb der Stammbelgschaften fielen noch weiter zurück. Diese wachsenden Ungleichheiten, von der der Republikanischen Partei wahltaktisch in zynischer Weise ausgenutzt, förderten gegenseitige Ressentiments zwischen den schlechter bezahlten Lohnabhängigen (die nicht mehr daran glauben, sich dem Lohnniveau der gewerkschaftlich Organisierten nähern zu können) und den besser bezahlten (die sich über die Steuern ärgern, die sie zahlen müssen, um die anderen zu unterstützen) (Fox Piven 2011).

Die Frustration über die Ungleichheit zwischen den abhängig Beschäftigten hat sich oft in einem Diskurs über Identitätspolitik ausgedrückt, der dazu neigte, die Relevanz der Klasse selbst zu verschleiern. Im Konkreten schließt der Klassenbegriff natürlich immer Differenzierungen nach Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Staatsbürgerschaft, Alter etc. ein. Lebenserfahrungen und Sorgen der arbeitenden Bevölkerung gehen über die Arbeitsplatzfrage hinaus – und damit auch die möglichen Räume für ihre Organisation. Aber zugeschriebene Identitäten und der Begriff der Klasse schließen sich in der Tat aus, darauf beharrt Adolph Reed Jr. (Reed 2001; 2002). Der akademische Diskurs hat in den 80er und 90er Jahren verstärkt die Identitätspolitik betont, das war ein besonderer Fall von Ironie, weil der zugrundeliegende Klassencharakter des Kapitalismus gleichzeitig besonders augenfällig wurde.¹⁰ Die Leistung des Neoliberalismus mit der größten Tragweite war das Ausmaß, in dem er die nordamerikanische Arbeiterklasse gespalten, demobilisiert und desorientiert hat – und unwirksam gemacht hat.

Gewerkschaften in der neoliberalen Ära

Die anhaltenden Umstrukturierungen am Arbeitsplatz und in den Belegschaften – intensiviert Managementkontrolle, Downsizing und Outsourcing, Verlagerung der Produktion und Neuzusammensetzung der Belegschaft auf verschiedenen Stufen der Prekarität – machten den Widerstand der Lohnabhängigen und die Erhöhung des Organisationsgrads so viel schwieriger.¹¹ In den dreißig Jahren vor 2007 war die Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie um 28 % gesunken, die Beschäftigung in Werken mit mehr als 1000 Beschäftigten (die bislang für gewerkschaftliche Organisation eher zugänglich waren) sank sogar um fast 60 % (Holmes 2011: 6). Arbeitsplätze wurden in die Südstaaten verlagert, wo die Löhne niedriger sind und es kaum Gewerkschaften gibt. Aber die Umwälzung der Arbeit ging dort weiter, denn in vielen Fällen trugen die niedrigen Löhne in China dazu bei, aus China den neuen «Süden der USA» zu machen (Deitz und Orr 2006; Holmes 2011: 22). Im Jahr 1980 gab es 7,5 Millionen gewerkschaftlich organisierte Lohnabhängige im US-amerikanischen Produktionssektor, und hätte sich ihre Zahl parallel zur Zunahme der abhängigen Beschäftigung überhaupt entwickelt, wäre sie bis zum Jahr 2007 auf 11 Millionen gestiegen. Tatsächlich fiel sie um atemberaubende 6,1

Millionen auf nur noch 1,4 Millionen, also mehr als 80% unter das Niveau von 1980.¹² Im Jahr 2011 lag der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Privatwirtschaft unter 7% – das entsprach einem Drittel des Standes von Ende der 1970er Jahre und war weniger als vor einem Jahrhundert (Greenhouse 2011).¹³

Die Bedeutung des äußeren Drucks auf die Gewerkschaften ist nicht zu leugnen. Wird er jedoch zu stark betont, nimmt man die Gewerkschaften selbst tendenziell aus der Verantwortung. Jede ehrliche Darstellung der Krise, in der sie nun stecken, muss anerkennen, dass sie nur allzu willens waren zu akzeptieren, dass es keine andere Möglichkeit gegeben habe (selbst während der Großen Depression der 30er Jahre hat die wirtschaftliche Umstrukturierung einige Türen zu gewerkschaftlichen Erfolgen geöffnet). Der Anteil an Arbeitsplätzen, die die US-Multis außerhalb der USA geschaffen haben, ist zwar gestiegen – in den zwanzig Jahren seit 1989 erfolgten 64% des Zuwachses an Arbeitsplätzen im Ausland –, doch im Ausland ansässige multinationale Unternehmen wie Toyota, Siemens oder Samsung haben mit ihren Investitionen in den USA diese Entwicklung teilweise ausgeglichen (Barefoot und Mataloni Jr. 2011).¹⁴ Ein Großteil der Verlagerung der Arbeitsplätze seit den frühen 80er Jahren erfolgte innerhalb der USA, und wenn die Industriegewerkschaften dieser Bewegung nur gefolgt wären und die Belegschaften in den neuen Werken in den traditionellen Industriesektoren organisiert hätten, hätten sie einen für die US-amerikanische Arbeiterbewegung höchst bedeutsamen früheren Fehlschlag umgekehrt; die mangelnde Organisation des US-amerikanischen Südens.¹⁵ Die Auslagerung der Herstellung von Komponenten unterminierte zwar eine Gruppe von Lohnabhängigen, dafür tauchten an den neuen Standorten oft Lohnabhängige mit potentiell mehr Macht auf, da sie nun eine große Anzahl von Montagebetrieben stilllegen konnten. Und wenn die verringerte Betriebsgröße die gewerkschaftliche Organisation erschwerte, erwachsen im Dienstleistungssektor neue Chancen, wo die durchschnittliche Größe der Betriebe (wie Wal-Mart) sogar gestiegen ist (Henly und Sánchez 2009: 433f.). Obwohl industrielle Arbeitsplätze anfälliger wurden für die Drohung mit Schließung wegen Globalisierung, finden sich jetzt sieben von acht Arbeitsplätzen im privaten und staatlichen Dienstleistungssektor. Ein guter Teil davon kann nicht einfach einpacken und den Ort verlassen, um sich den Gewerkschaften zu entziehen (Tufts 2011).

Gewerkschaften, die sich eng auf ihre zahlenden Mitglieder ausrichten, anstatt die Macht der Arbeiterklasse zu stärken, mobilisieren kaum die Energie, die Ressourcen, zwischengewerkschaftliche Zusammenarbeit, Unterstützung durch lokale Gemeinden und strategische Kreativität, die erforderlich sind, um in diesen schwierigen Zeiten die gewerkschaftliche Basis zu verbreitern. Auch die Tarifverhandlungs- und Kampagnenstrategien solcher Gewerkschaften haben oft das Ziel der Ausweitung gewerkschaftlicher Organisation weiter geschwächt. So unterminierte die Verhandlungstaktik der UAW (United Auto Workers), die Rechte am Arbeitsplatz gegen einen (minimalen) Schutz der Löhne und Sozialleistungen abzuwägen, den Organisationsgrad in den japanischen Niederlassungen, wo der Schlüssel zur gewerkschaftlichen Organisation im Versprechen liegt, den Arbeitsplatz gegen willkürliche Managementpraktiken zu schützen. Das Management hier war sehr glücklich, mit Löhnen nahe den Tariflöhnen die Gewerkschaften draußen halten und die volle Autorität über den Arbeitsplatz behalten zu können.¹⁶

Der wichtigste Faktor, der die Fähigkeit der US-amerikanischen Gewerkschaften un-

tergrub, andere Werte als die des Kapitals zu verteidigen, war die Intensivierung des Wettbewerbsdrucks.¹⁷ Es gibt hier zwei Probleme: Erstens wirkt sich der Wettbewerb asymmetrisch auf die Klassen aus. Wenn einzelne Unternehmen gegen effektivere Wettbewerber verlieren, geht das Kapital als Klasse gestärkt daraus hervor. Bei Lohnabhängigen jedoch untergräbt der Wettbewerb ihr wichtigste Stärke, die Solidarität, und schwächt sie so als Klasse. Zweitens impliziert die Betonung der Konkurrenzfähigkeit die Stärkung der US-amerikanischen Konzerne und opfert oder untergräbt vor allem die Anliegen der Lohnabhängigen. Dies gilt auch für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Hier lautet das Argument, zu hohe Ausgaben für soziale Dienstleistungen und Löhne im öffentlichen Sektor ziehe Ressourcen vom Privatsektor ab und schädige dessen Wettbewerbsfähigkeit. Natürlich gibt es Umstände, unter denen Lohnabhängige nicht über die Verhandlungsmacht verfügen, Zugeständnisse einfach abzulehnen, und zeitweise Niederlagen unvermeidlich sind. Entscheidend ist jedoch, dass sich Gewerkschaften allzu oft die Wettbewerbsfähigkeit als *Ziel* zu eigen machen, statt sie als reale Einschränkung zu betrachten, die taktische Rückzüge und Antworten jenseits der Tarifverhandlungen erforderlich macht. Sobald Zugeständnisse zum zentralen Hebel wurden, um im Namen der «neuen Realität» Arbeitsplätze zu schützen, wurden die Gewerkschaften selbst Instrumente zur Senkung der Erwartungen und zur Disziplinierung widerspenstiger Lohnabhängiger. Damit wird die Tür zur Diskussion über Alternativen vollends geschlossen. Zugeständnisse werden als einzige Alternative zum Verlust von Arbeitsplätzen dargestellt, die Mobilisierung der Mitglieder wird in Lobbyarbeit zur Stärkung der Unternehmen kanalisiert (z. B. damit sie Subventionen erhalten), statt die Macht der Konzerne herauszufordern.¹⁸ Abgesehen von gelegentlichen Höhenflügen radikaler Rhetorik, haben die Gewerkschaftsführer allzu oft die garstige Rolle übernommen, die Lohnabhängigen so zuzurichten, dass sie die durch die Zwänge der Wettbewerbsfähigkeit auferlegten Grenzen akzeptieren.

Die Praxis der gegenwärtigen Gewerkschaftsbewegung macht nicht nur die Lohnabhängigen besonders verletzlich für die Fallstricke des Neoliberalismus, auch ihre Aussichten, sich ihnen mit Hilfe der gewerkschaftseigenen Instrumente zu entziehen, sind erschreckend schwach. Alle Faktoren, die Gewerkschaftsführer traditionell zu vorsichtigem Verhalten verleiten, nehmen gegenwärtig zu, weil radikalere Strategien, Taktiken und organisatorische Veränderungen, die erforderlich wären, um wirksam zu reagieren, ihre Organisationen und sogar ihre eigene Position in ihnen noch stärker destabilisieren könnten. Ein besonders frustrierender Aspekt hierbei ist, wie wenig Zeit die Gewerkschaften, trotz ihrer offensichtlichen Notlage, darauf verwenden, um ihre Strukturen und Strategien grundlegend zu überdenken. Ein Großteil der Gewerkschaftsführer scheint gelernt zu haben, dass das allgemeine Herunterfahren der Erwartungen in den letzten drei Jahrzehnten ihr Leben tatsächlich einfacher gemacht hat. Trotz bewundernswerter Versuche oppositioneller Aktivisten an der Basis gibt es nicht viele Anzeichen dafür, dass sie den Kampf um die Veränderung der Gewerkschaften gewinnen werden. Es ist nicht schwer zu verstehen warum: Derartige Initiativen müssen die Isolation der Lohnabhängigen untereinander und sogar innerhalb eines Betriebs rasch durchbrechen – egal welche Unternehmen und Branchen ihre Gewerkschaften vertreten, diese ist jedoch angesichts des begrenzten Zugangs zu Informationen und Analysen, den die gewöhnlichen

Mitglieder im Vergleich zu den Gewerkschaftsführungen haben, nicht leicht zu überwinden.¹⁹ Und abgesehen von ihren eingeschränkten organisatorischen Kapazitäten haben oppositionelle Zusammenschlüsse in der Regel auch nur begrenzte Perspektiven über ihre eigene Gewerkschaft hinaus entwickelt.²⁰ Das allgemeine Fehlen eines klassenbasierten Bezugssystems, das von vergangenen Erfahrungen und Lehren inspiriert ist, schlägt sich in verlorenen strategischen Fähigkeiten und in verlorenem Vertrauen nieder, die aus der anhaltenden Opposition in und über die Gewerkschaften hinaus entstehen und die Lohnabhängigen über sporadische lokale Rebellionen hinaustragen.

Jenseits des Fatalismus – Arbeiterversammlungen

Die Lohnabhängigen sind weder von Geburt an radikal noch unausweichlich konservativ, aber oft beides in einer konfusen Mischung. Dies ist die Folge der täglich gelebten Widersprüche, die die Lohnabhängigen erfahren, weil sie für ihr Wohlbefinden und das ihrer Familien von einem System abhängig sind, das ihren eigenen Sinn für Menschlichkeit untergräbt. Die Hoffnung, dass eine bessere Welt möglich ist, ist eine Möglichkeit, das zu überwinden. Aber Hoffnungen sind dennoch nur Hoffnungen. Das große ungelöste Dilemma ist das Fehlen jeder Art von Strukturen, mit denen die Lohnabhängigen ihren lähmenden Fatalismus überwinden und Vertrauen gewinnen können, um die «Hoffnung zu konkretisieren» (Panitch 1999).

Für Sozialisten ist es ein moralischer Imperativ – die arbeitenden Menschen verteidigen – und zugleich ein allgemeines strategisches Prinzip – in den «real existierenden» Kämpfen der Arbeiterklasse verankert bleiben –, Bemühungen für den Wiederaufbau einer wirksamen, obgleich reformistischen Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen. Aber es ist mehr noch eine praktische Notwendigkeit, um selbst jene kleinen Siege zu erzielen, welche die Linke als gesellschaftliche Kraft erhalten. Sozialistinnen und Sozialisten sind unverzichtbar, um den demoralisierenden Fatalismus in der Arbeiterbewegung zu überwinden und eine Vision einzubringen, die über das Unmittelbare hinausreicht, den kapitalistischen Kontext, in dem die Gewerkschaften handeln, verständlich zu machen und eine Klassenperspektive für die Zukunft aufzuzeigen. Die in der Nachkriegszeit erlittene Marginalisierung der Sozialisten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ist umzukehren: ihre früher abgelehnte Klassenperspektive ist heute Voraussetzung für die gewerkschaftliche Erneuerung. Die Polarisierung der Optionen unter dem Neoliberalismus bietet potenziell einen fruchtbaren Boden, um Organisation voranzubringen, und Sozialisten haben zu seiner Bearbeitung und zur Aussaat viel beizutragen. Radikalere Ideen können jetzt an Bedeutung gewinnen, sofern sie nicht rein ideologisch bleiben; wo sich das Moderate als unpraktisch erweist, wird das Radikale die praktische Antwort. Das Argument, dass die Gewerkschaften in größeren Zusammenhängen denken müssen, sogar um nur wenig zu gewinnen, ist keine Frage von Parolen, sondern spiegelt die derzeitigen Verhältnisse wider. Und es gilt nicht nur für die Politik, sondern auch für Strategie und Taktik. Zweifellos war das Terrain für sozialistische Intervention schwierig, doch die Widersprüche, die sich aus den Erfolgen des Neoliberalismus ergeben, haben auch neue Möglichkeiten für den Aufbau einer gewerkschaftlichen Basis rund um relativ radikale praktische Reformen geschaffen.

Die Vorstellung, dass die Erneuerung der reformistischen Gewerkschaften eine Priorität für Sozialisten sein sollte, ist kein Projekt der Erneuerung der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie präsentiert sich auch als eine Kraft, die für Reformen einsteht. Aber indem sie Alternativen anbietet, die nur «weniger schlimm» sind, und Frustrationen ausschließlich in Wahlkämpfe kanalisiert, verkauft sie die Illusion von Alternativen. Deshalb, trotz anfänglicher Ängste, können Kapitalisten mit Sozialdemokraten gut leben und ziehen diese manchmal sogar vor. Auf der anderen Seite stehen die Gewerkschaften unter konstanten, starken Angriffen, weil selbst ihre moderaten Forderungen und Taktiken – sei es die Einschränkung der Verwertbarkeit der Arbeitskraft am Arbeitsplatz, die Verteidigung des Soziallohns oder Streiks, die zeitweilig das Recht der Eigentümer in Frage stellen, über ihr Eigentum zu verfügen – als negativ für den Akkumulationsprozess gelten und möglicherweise sogar die Tür für noch gefährlichere Fragen über den Kapitalismus öffnen. Das Kapital sieht militante Gewerkschaften, im Gegensatz zu einer sich modernisierenden Sozialdemokratie, als eine Bedrohung an (selbst wenn sie nur eine Bedrohung für die Höhe der Profite sind).

Eine Strategie, die vor dem Hintergrund der neoliberalen Globalisierung für die Erneuerung der Gewerkschaften häufig vorgeschlagen wird, ist die grenzübergreifende institutionelle Ausdehnung der Gewerkschaften. Das ist eine falsche Vorstellung. Eine Arbeiterklasse, die keine Solidarität im Inland entwickelt, schafft dies auch international nicht. Darüber hinaus können Ziele wie die Ausdehnung von Tarifverhandlungen von der nationalen auf die internationale Ebene zur Reproduktion des Betriebsgewerkschaftertums (Business unionism) führen, also zum Versuch, die Standards innerhalb eines bestimmten internationalen Wirtschaftssektors zu verbessern, statt die Klassensolidarität innerhalb des Landes zu entwickeln. Raymond Williams betonte, eine neue Theorie des Sozialismus müsse nun auch den geografischen Ort berücksichtigen. Wenn das Kapital sich verlagert habe, werde die Bedeutung des Ortes offensichtlicher (Williams 1989: 242). Internationale Rücksichten sind sicherlich sehr wichtig, aber es gibt keinen Ersatz dafür, den Kampf zu Hause zu führen und damit den Raum für Kämpfe anderswo zu vergrößern (statt Konzessionen zu machen und damit Lohnabhängige anderswo zu schwächen). Obwohl der Klassenkampf der Substanz nach immer international ist (was in einem Land passiert, wirkt sich auf das Kräfteverhältnis in einem anderen Land aus) nimmt er doch immer eine nationale Form an (Kämpfe sind lokal und fordern den Nationalstaat heraus). Marx und Engels verstanden das so: «Das Proletariat eines jeden Landes muss natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden» (Marx/Engels 1848: 473).

Es geht nicht darum, die ganze strategische Aufmerksamkeit auf Washington und die Wall Street zu richten. Es geht darum, eine organisatorische Infrastruktur für die Entwicklung des Klassenzusammenhalts, eine antikapitalistische Perspektiven und eine sozialistische Strategie zu entwickeln. Ein entscheidender Teil hierbei ist eine Infrastruktur für Bildung. Die Erneuerung der Gewerkschaften macht es nötig, Aktivist:innen quer durch die Gewerkschaften und in Nachbarschaften an den Wohnorten zu gewinnen, zu stärken und zu vernetzen. Das erfordert transparente Strukturen und eine umfangreiche unterstützende Infrastruktur: Kaderentwicklung, Bildungsmaterial, regelmäßige Kommunikation, Foren für den Austausch von Erfahrungen und strategischen Diskussionen, Un-

terstützung bestimmter Streiks und Kampagnen. Das gilt auch für eine Bildungsarbeit, welche die Hegemonie der kapitalistischen Kultur brechen will. Als die Krise ausbrach, hätte eine effektive Bildungsoffensive sofort Dutzende von Foren in Hunderten von Städten initiieren und nicht nur Menschen mobilisieren, sondern auch Moderatoren und besonders informierte Leute in großem Stil anbieten können. Es hätte Mechanismen gebraucht, um auszuwerten, was die Foren über das Verständnis in der Bevölkerung und die Bereitschaft zu handeln, an den Tag bringen, welche Fragen bessere Antworten benötigen und wie die Bildungsarbeit und der Protest am effektivsten fortgesetzt werden können (entlang den Linien, die Aronowitz 2006 am Vorabend der Krise entwickelte).

Deshalb betonen wir die grundsätzliche Bedeutung, Form intermediärer Institutionen wie Arbeiterversammlungen zu schaffen. Die Idee, klassenbasierte und in lokalen Gemeinschaften in den Stadtteilen verankerte Versammlungen als Antwort auf die Stagnation der Gewerkschaften und die damit verbundenen Frustrationen zu initiieren, wurde im Jahr 2005 auf einem Treffen nordamerikanischer Labor-Aktivisten in Washington vorgeschlagen. Sie inspirierte in der Folge der Finanzkrise die Bildung der *Greater Toronto Workers Assembly* (GTWA).²¹ Diese wurde ganz anders aufgegriffen als die Versammlungen, die im Zuge der weit verbreiteten Explosion der Proteste auf öffentlichen Plätzen entstanden – von den *Indignados* in Spanien zu *Occupy* in den USA und dem Streik der Studierenden in Québec (der auch zur Bildung von unterstützenden Nachbarschaftsversammlungen motivierte) – und viel stärker den beginnenden Zeitgeist reflektierten. Die in Toronto praktizierte Art von Versammlung war in erster Linie inspiriert vom Ziel, eine in der Arbeiterklasse verwurzelte Linke aufzubauen und die Rolle der Gewerkschaften zu verändern.

Die Arbeiterversammlungen sind zu unterscheiden von Bündnissen progressiver Gruppen, die sich treffen, um ihre besonderen Interessen und politische Perspektiven zu vertreten und konkrete und zeitlich begrenzte Kampagnen auszuhandeln. Die Arbeiterversammlungen müssen sich vielmehr auf *Individuen* stützen, die zusammenkommen, um eine neue Politikform zu entwickeln.²² Die gewerkschaftlichen Aktivitäten oder Bewegungen, an denen diese Personen beteiligt sind, würden weitergehen. Die Versammlung wäre ein Raum, wo sie nach einem umfassenderen Politikansatz suchen und wo sie offen wären für Erfahrungen, die ihre Politik in ihren «Stammaktivitäten» beeinflussen würden. Diese Arbeiterversammlungen müssen sich auf die lokalen Nachbarschaften stützen. Das drückt die explizite Bereitschaft aus, über das Primat des Aufbaus spezifischer Gewerkschaftsgruppen hinauszugehen und stattdessen den Aufbau von Netzwerken von Aktivisten quer zu den Arbeitsplätzen und Wirtschaftssektoren voranzutreiben. Dabei sind gewerkschaftlich nicht organisierte und gewerkschaftlich organisierte Lohnabhängige einzubeziehen und quer durch das breiteste Spektrum sozialer und wirtschaftlicher Bedürfnisse zu mobilisieren. Das ist keine lokalistische Wende weg von der nationalen Politik. Die Erwartung besteht darin, dass angesichts der begrenzten Möglichkeiten die Probleme lokal zu lösen, die verschiedenen urbanen, suburbanen und ländlichen Versammlungen schließlich in einer landesweiten Versammlung der Versammlungen zusammenfinden würden. Während die Versammlungen in Kampagnen engagiert wären, die aus unmittelbaren Bedürfnissen erwachsen, würde das wachsende Verständnis unter den Aktivisten, dass der Kapitalismus selbst die Grenze für echte Re-

formen bildet, auch implizieren, dass sie den Erfolg ihrer Aktionen nicht nur an den erreichten Reformen messen, sondern auch an der Fähigkeit der Klasse, den Kapitalismus herauszufordern und ihn schließlich zu überwinden.

Diese vier Elemente – individuelle Mitgliedschaft, gestützt auf lokale Gemeinschaften in den Stadtteilen, klassenfokussiert und antikapitalistisch in der generellen Perspektive – sind die grundlegenden Elemente der Arbeiterversammlungen. Der Unterschied zwischen solchen Versammlungen und anderen nichtgewerkschaftlichen Organisationsformen, die sich an Lohnabhängigen orientieren, wie die Arbeiteraktionszentren (Workers Action Centers – WACs) und die Arbeitslosenzentren, liegt nicht in einem grundsätzlichen Widerspruch, sondern in ihrer Reichweite. Bei all den wichtigen Dienstleistungen, die z. B. Arbeiteraktionszentren bereitstellen, liegt deren Schwerpunkt auf ansonsten vernachlässigten Teilen der Klasse, nicht auf der Klasse als Ganzer.²³ Die beeindruckenden und innovativen Taktiken, die sie oft praktizieren (und die viele Lektionen für die Mitglieder der Arbeiterversammlungen enthalten), sollen unter weniger vorteilhaften Umständen ersetzen, was Gewerkschaften getan hätten oder hätten tun sollen. Obwohl ihre Erfahrungen sehr unterschiedlich sind, sind die WACs abhängig von externer Finanzierung und deshalb eingeschränkt. Mehrere Faktoren schränken ihre Bedeutung ein: schwache organische Verbindungen zu den Gewerkschaften; improvisierte Beziehungen zu den von ihnen unterstützten, weitgehend prekär Beschäftigten; die Schwierigkeiten der Kaderentwicklung, wenn die Fluktuation der Lohnabhängigen hoch ist, und die daraus resultierende starke Abhängigkeit von Personal; und eine allgemeine Unfähigkeit, sich über die lokale Basis hinaus zu bewegen.²⁴ Das Problem der mangelnden Reichweite ist auch ein Problem in Arbeiterversammlungen, die in erster Linie damit befasst sind, Proteste aufrechtzuerhalten, statt sich Gedanken zu machen über strategische Organisation und den Aufbau von Kapazitäten, die Proteste unterstützen, sie aber auch weiterreiben.

Der Versuch, strategische und organisatorische Fähigkeiten zu entwickeln, um die Gewerkschaften zu verändern, ist ein hohes Ziel. Aber es ist *vorstellbar*, im Gegensatz zur kurzfristigen Bildung einer sozialistischen Massenpartei in Nordamerika. Die Parteifrage kann vielleicht nur organisch wieder auftauchen – aus der praktischen Erfahrung, dem erworbenen Wissen und den strategischen Fragen, die sich aus der ungewissen Dynamik solcher intermediärer Organisationen (zwischen Arbeitsplatz und der Sphäre der Parteipolitik) stellen. Wenn derartige intermediäre Organisationen von einer politischen Partei unterstützt würden, entstünde der Druck, diese dem «höheren Verständnis» der Partei zu unterordnen. Das würde die organische Entwicklung ihrer Teilnehmer gefährden. Davon zeugen die Erfahrungen sowohl mit den sozialdemokratischen als auch mit den kommunistischen Parteien und mit den gewerkschaftlichen Frontorganisationen. Vielleicht drücken solche intermediären Institutionen ein «niedrigeres Bewusstseinsniveau» aus als eine revolutionäre Organisation, doch entscheidend ist der Raum zum Experimentieren, Handeln und Lernen (auch aus den Fehlern). Solche Entwicklungen könnten die Herausbildung einer radikalen Partei befördern. Das heißt, gerade mit Hilfe solcher Entwicklungen könnte eine radikale Partei Prozesse stimulieren, durch die sich neue Personen ansprechen lassen. Doch selbst wenn sie einmal entstünde, blieben diese intermediären Institutionen wichtig. Angesichts der großen Kluft zwischen jenen, die bereit sind

eine Partei aufzubauen, und ihren potenziellen Neumitgliedern besteht die Gefahr, dass die Partei das Verhältnis zementiert zwischen einer Minderheit, die ihrer Führung vertraut, und einer unsicheren Mehrheit, die zu folgen versucht. Lucio Magri drückte dieses Problem so aus:

«Zwischen der Partei und den Massen muss es eine dritte Instanz geben, die die Beziehung zwischen ihnen vermittelt: autonome und einheitliche politische Institutionen der Arbeiterklasse. Diese Institutionen müssen quer durch die Gesellschaft (Fabriken, Büros, Schulen) mit je eigenen Strukturen entstehen – in diesen wirkt dann die Partei als ein Element der Stimulierung und Synthese ... eine kreative Wiederbelebung der Thematik der Sowjets (Räte) ist heute unerlässlich, um die theoretischen und strategischen Probleme der Revolution im Westen zu lösen.» (Magri 1970: 128.)

Arbeiterversammlungen zu initiieren und aufrechtzuerhalten ist ein Prozess, der erfordert, eine Reihe von Problemen zu klären. Zunächst einmal können Arbeiterversammlungen Kämpfe nicht erfinden, wenn es keine Welle von Arbeitskämpfen gibt, welche die Tür zur Aktivierung der Arbeiterklasse öffnen. Oft besteht zudem eine geographische Kluft zwischen einer aktiven Linken in den urbanen Zentren und potenziellen Unterstützern, die oft über die suburbanen Gebiete zerstreut leben. Darüber hinaus hat das ruhende politische Vermächtnis der letzten Jahrzehnte bei der Linken einen Mangel an organisatorischen Fähigkeiten hinterlassen, vor allem solche, die entscheidend sind, um in den Gewerkschaften mit ihren bewahrenden Bürokratien und in den verschiedenen, fragmentierten und individualisierten lokalen Gemeinden Wirkung zu zeigen. Vielleicht am schwersten wiegt die Unverbindlichkeit der Arbeiterversammlungen in Bezug auf die Vielfalt der politischen Ansichten, das Niveau der politischen Entwicklung und der Grad der Selbstverpflichtung, das macht es äußerst schwierig, eine organisatorische Kohärenz zu entwickeln. Dies wiederum macht die Versammlung anfällig für den bekannten Hyperaktivismus mit seinem rastlosen Rennen von Kampf zu Kampf, ohne einen Sinn für Prioritäten, Perspektiven und Hürden. Es ist Ausdruck des fehlenden Konsenses, Kader zu entwickeln, die sowohl Aktivisten als auch organische Intellektuelle sind, folglich eines Mangels an ideologischer und organisatorischer Klarheit in der Erkenntnis, dass Engagement verblasst und Mitglieder sich ins Privatleben oder in den bequemerem (weil unmittelbarerem) früheren Aktivismus zurückziehen.

Diese Probleme unterstreichen wie wichtig es ist, die Aktivitäten und Strukturen der Arbeiterversammlungen kontinuierlich zu überprüfen und zu versuchen, ein – wenn auch unvollständiges – Maß an Kohärenz zu entwickeln. Sie unterstreichen auch die Bedeutung vereinigender Forderungen, die im Verlauf der Mobilisierung die Frage nach dem Zweck und der Strategie aufwerfen. Entscheidend ist hier die Art von «Strukturreformen», die, wie André Gorz es am besten erklärte, entworfen werden, um «die Kräfteverhältnisse, die Neuverteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten zu verändern und neue Zentren der demokratischen Entscheidungsfindung zu schaffen». Diese sind so zu konzipieren, dass sie eine sozialistische Transformation der Gesellschaft andeuten und sich in Richtung auf eine solche bewegen (Gorz 1967: 58). Was einer jeden derartigen Reform ihr radikalisiertes Potential verleiht, ist die Kombination ihres Inhalts mit dem ideologischen und organisatorischen historischen Kontext. Das heißt, es hängt von der Fähigkeit von Kapital und Staat ab, mit einem spezifischen Ensemble von Forderungen

zu leben, und von der relativen Fähigkeit der FürsprecherInnen dieser Forderungen, diese so einzuordnen, dass sie umfassendere Solidarität und tiefgreifendere Veränderungen bewirken.

Es besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen Forderungen der Arbeiterklasse, die sich als statische Reformen bezeichnen lassen und darauf orientiert sind, die Gesellschaft von einem Gleichgewicht zu einem quantitativ höheren (besseren) Gleichgewicht zu bewegen, und dynamischen Reformen, die in sich widersprüchlich und instabil sind, weil sie die Fähigkeiten, Kräfteverhältnisse und Erwartungen der Akteure beeinflussen und somit neue Veränderungen und Unsicherheiten hervorrufen. Die strategische Herausforderung eines intermediären politischen Programms besteht darin, die statischen Forderungen in eine dynamische Richtung zu dehnen und neue Forderungsperspektiven zu entwickeln, die dem aktuellen Stand des Kampfes entsprechen und zugleich strategisch dynamisches Potenzial aufweisen. Vor diesem Hintergrund sind die unten vorgestellten Ausrichtungen sowohl Orientierungshilfen als auch Politikvarianten. Ihr Fokus liegt auf der gewerkschaftlichen Erneuerung, indem sie eine Klassenperspektive in die gewerkschaftlichen Aktivitäten bringen und diese mit neuen Orientierungen verbindet, die uns über die enge, die gegenwärtigen Debatten dominierende politische Kultur hinausführen und zwar in Richtung der sozialistischen Idee.

1. Von Verhandlungen zu Arbeitsplätzen

«Die letzten 30 Jahre haben uns verändert», erklärte der Vorstandsvorsitzende von Gallup kürzlich, als er eines der konsistentesten Umfrageergebnisse, wie er sagte, vorstellte: «Der vorrangige Wunsch der Welt besteht in erster Linie darin, einen guten Job zu haben» (Clifton 2011: 11, 185). Die Implikationen für die Gewerkschaften könnten nicht weitreichender sein, da sie traditionell auf die Bedingungen und den Preis der Arbeitskraft der Lohnabhängigen ausgerichtet sind und nicht in erster Linie darauf, ob diese einen Job haben. Diese Unfähigkeit, die oberste Priorität ihrer Mitglieder anzugehen, ist alleine schon ein Problem. Wegen der damit verbundenen Unsicherheit unterminiert sie auch die Fähigkeit der Gewerkschaften, das zu tun, was vorgeblich ihre Kernaufgabe ist, nämlich die Löhne, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen zu verteidigen und zu verbessern.

Eine Erneuerung der Gewerkschaften bleibt unmöglich, solange sie die Frage nach würdigen Arbeitsplätzen nicht ansprechen. Die Gewerkschaften sind bislang diesem Widerspruch ausgewichen, indem sie auf Wachstum und eine keynesianische Anreizpolitik setzten, um Arbeitsplätze zu schaffen, während sie selber sich auf die Verhandlungen um den Preis der Arbeitskraft konzentrierten. Zwar haben Konjunkturpakete gegenwärtig Konjunktur. Selbst viele Ökonomen, Mainstreamkommentatoren und Unternehmensführer haben erkannt, dass es nicht ausreicht, Banken zu retten, um wieder auf den Wachstumspfad zu gelangen und den Kapitalismus vor sich selber zu retten. Dennoch ist der Keynesianismus tot und als langfristige Strategie, Arbeitsplatzsicherheit zu schaffen, erledigt. Das Kapital hat unmissverständlich klar gemacht, dass seine Wachstumsstrategie jetzt auf Arbeitsdisziplin, Inflationsbekämpfung und verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit setzt – dies alles steht sicheren Arbeitsplätzen und sozialer Absicherung entgegen. Angetrieben durch die Wiederherstellung der Profite und die Schwächung der

Gewerkschaften gab es in den letzten Jahrzehnten Wachstum. Es brachte noch größere Ungleichheit, ohne allerdings die privaten Investitionen auf ein Niveau heben, das Vollbeschäftigung oder gar gut bezahlte Arbeitsplätze erlaubt hätte.²⁵

Der Punkt ist, dass Arbeitsplatzsicherheit und die Qualität der Arbeitsplätze gar nicht mehr angesprochen werden können, ohne in direkte Auseinandersetzung mit Freihandel und Deregulierung, mit der privaten Verfügungsmacht über den Abbau von Arbeitsplätzen und Outsourcing, mit Steuerpolitik, Kapitalverkehrskontrollen und vor allem mit der Macht der Finanzinstitutionen über die Aufteilung der Gewinne und Ersparnisse zu kommen. Erforderlich ist also nicht nur eine bessere Politik, sondern ein Umdenken darüber, wie Gewerkschaften sich selbst sehen und wie sie sich auf die gesamte Klasse der Lohnabhängigen beziehen. Betrachten wir zum Beispiel die jüngsten Rettungsaktionen in der Automobilindustrie. Anstatt die Arbeitsplätze an die Rettung von General Motors zu knüpfen, hätte man sie binden können an die Rettung lokaler Gemeinden, der beeindruckenden produktiven Kapazitäten, die in den Fähigkeiten der Lohnabhängigen liegen, und der potenziell wertvollen, aber stillgelegten Ausrüstungen und Geräte. Anstatt die Wettbewerbsfähigkeit über unser materielles Leben entscheiden zu lassen, hätte man eine demokratische Planung innerhalb eines erweiterten öffentlichen Sektors vorschlagen sollen. Anstelle der Unterstützung privater Gewinne durch noch mehr Autos auf der Straße, hätten die Automobilgewerkschaften in den USA und in Kanada – zusammen mit anderen Gewerkschaften, wie die United Steelworkers, und die Gewerkschaften im Bauktor – die Öffentlichkeit für eine planvolle Konversion der Hunderten von Produktionsstätten mobilisieren sollen, die geschlossen wurden. Damit hätte man lange vernachlässigte infrastrukturelle Bedürfnisse anpacken können, vor allem die oft genannten Umweltanliegen, die dieses Jahrhundert prägen werden: Transport- und Energienetze, die Renovierung von Wohnungen, Anpassungen der in den Fabriken und Büros eingesetzten Ausrüstungen. Diese Forderung hätte mit Erinnerungen an die technisch bemerkenswerte Umwandlung von Automobilfabriken und anderen Anlagen während des Kriegs (und danach wieder in die andere Richtung) untermauert werden können (Albo et al. 2010: Kapitel 5).

2. Vom Arbeitsplatz zur Entwicklung der Gemeinschaft

Bei der Entwicklung von Plänen für einen bestimmten Sektor ist zwingend die räumliche Dimension zu beachten. Die Frage nach den Konsequenzen für die örtlichen Gemeinschaften und die Region zu stellen, öffnet die Tür für Anliegen, die über «Arbeitsplätze» im Abstrakten hinausgehen. Zu fragen ist, was produziert werden könnte, für wen und mit welchen Auswirkungen auf die Umwelt. Das bedeutet, einen Gesamtplan für die lokalen Gemeinden zu formulieren um zu erreichen, was der gesunde Menschenverstand für jede Gesellschaft verlangt: produktive Arbeit und Ausbildung für alle, die das wollen. Es wird allgemein vorausgesetzt, dass jede und jeder das Recht auf Bildung hat. Nicht viel mehr bedeutet es, konsequent darauf zu bestehen, dass jede und jeder das Recht auf einen Arbeitsplatz hat.

Ein Weg, das zu institutionalisieren, ist die Einrichtung gewählter lokaler Institutionen in Form von Arbeitsplatzentwicklungskammern. Diese könnten die Verantwortung übernehmen, die Gemeinde nach unerfüllten Bedürfnissen und ungenutzten Fähigkei-

ten zu fragen, technische Expertise zur Verfügung stellen, um von Schließung bedrohte Produktionsstätten zu konvertieren, und wirtschaftliche Alphabetisierungskurse durchführen und damit die Möglichkeiten für eine breite Beteiligung erweitern (Panitch 2000). Wie bei jedem radikalen Vorschlag, der die kapitalistische Logik herausfordert, aber innerhalb einer immer noch kapitalistischen Gesellschaft umgesetzt wird, stößt dieser bald an Grenzen, wenn nicht gar an Widersprüche. Unter derartigen Bedingungen ist es entscheidend, diese Schranken zu verschieben, anstatt sie als Parameter zu akzeptieren, die uns einhegen. Eine derartige Schranke ist beispielsweise die Finanzierung. Ohne Finanzierung kann kein ernsthafter Plan umgesetzt werden. Das bringt uns zurück zur Notwendigkeit, die Kontrolle der Banken über die Verteilung der Ersparnisse und Gewinne der Gesellschaft in Frage zu stellen. Und es ist wichtig, diese private Kontrolle durch ein öffentliches und demokratisch geführtes Bankensystem zu ersetzen.

Die Frage der Kontrolle ist eng verbunden mit der Art und Weise, wie die Ersparnisse der Lohnabhängigen in das kapitalistische Finanzsystem integriert werden. Betrachten wir beispielsweise die Erosion der Pensionsguthaben der Lohnabhängigen, wenn Unternehmen ihren Verpflichtungen gegenüber den Lohnabhängigen nicht mehr nachkommen, um lieber ihre Verpflichtungen gegenüber den Aktionären und Anleihegläubigern einzulösen (Blackburn 2011: 51ff.). Die Intensivierung des Wettbewerbs hat den privaten Wohlfahrtsstaat, der sich aus den Tarifverhandlungen unter dem alten Sozialvertrag entwickelt hat, dysfunktional gemacht. Firmen mit schrumpfenden Belegschaften, die eine steigende Anzahl von länger lebenden Rentnern tragen müssen, können die Pensionen nicht länger halten, wenn sie in Konkurrenz stehen gegen Unternehmen ohne Pensionsverpflichtungen oder mit wesentlich jüngeren Arbeitskräften. Das trifft jetzt umso mehr zu, da die Inflation der Vermögenswerte, die das Wachstum der institutionellen Fonds befeuert hat, durch die Krise des globalen Finanzsystems und die niedrigen Zinsen auf sichere Staatsanleihen beeinträchtigt wird. Die Renten der Lohnabhängigen sollten klar mit defensiven Reformen unterstützt werden. Aber zahlreiche miteinander verbundene Widersprüche machen weiterreichende Forderungen im Sinne von Strukturformen notwendig. So ist zu bedenken, dass die Minderheit mit privaten Renten anfällig für politische Isolation ist, deshalb muss der Fokus auf universellen Renten liegen. Aber wenn die Renten auf vergangenen Einkommen beruhen, reproduzieren sie die Ungleichheiten des Arbeitslebens. Ein solidarischeres Prinzip ist notwendig. Eine weitere Frage lautet, wie Renten finanziert und die Gelder investiert werden. Pensionskassen und Agenturen mit einem Auge für soziale Prioritäten, vor allem für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für die Ziele der industriellen Konversion, würden das Funktionieren der kapitalistischen Finanzmärkte herausfordern und dazu beitragen, weitergehende Forderungen in Richtung auf einen Umbau der Finanzinstitutionen in öffentliche Dienstleistungsbetriebe für demokratische Wirtschaftsplanung zu entwickeln.

3. Dem öffentlichen Sektor die führende Rolle

Programmatisch im Zentrum der Strukturformen müssen die öffentlichen Dienstleistungen stehen. Auch hier stehen Arbeitsplätze auf dem Spiel, aber die strategische Frage dreht sich mehr um die mögliche Führungsrolle der Gewerkschaften beim Erhalt und Ausbau der Dienstleistungen als um die Arbeitsplätze in dieser Branche. Gewerkschaften

des öffentlichen Sektors verstehen im Allgemeinen die Bedeutung, eine führende Rolle auf diesem Gebiet einzunehmen und die Öffentlichkeit auf ihre Seite zu bringen. Aber Pressemitteilungen und Kongressbeschlüsse reichen nicht. Eine zynische Öffentlichkeit muss davon überzeugt werden, dass es hier nicht um Opportunismus geht. Gewerkschaften müssen ihr Engagement für das Allgemeinwohl neu definieren und unter Beweis stellen. Dafür müssen sie ihr Funktionieren in jeder Hinsicht verändern: die Bereitstellung von Mitteln, den Schwerpunkt ihrer Forschung sowie die Rolle der gewerkschaftlichen MitarbeiterInnen und deren angemessene Ausbildung. Es geht darum, das Vertrauen und die Fähigkeit zu entwickeln, Verhandlungen über Niveau, Qualität und die Verwaltung von Dienstleistungen zu führen, mangelhafte Dienstleistungen zu kritisieren und Vorschläge zu unterbreiten, wie man sie verbessern kann. Solidarische Verbindungen sind zu knüpfen zwischen den MitarbeiterInnen in den Dienstleistungsbetrieben und den BürgerInnen, die auf die Dienstleistungen angewiesen sind. Die Bürger sind in Diskussionen über die Verhandlungsposition der Gewerkschaften und darüber, wie Streiks geführt werden, einzubeziehen (Hurley und Gindin 2012).

Gewerkschaften können zum Beispiel zu Beginn von Tarifverhandlungen nicht nur die Bedeutung von Dienstleistungen betonen, sondern auch ihr Niveau, ihre Qualität und demokratische Verwaltung zu einer Priorität im Forderungskatalog erklären. Wenn Gewerkschaften Streikaktionen in Erwägung ziehen, müssen sie mit dem Widerspruch zurechtkommen, dass sie selbst die öffentlichen Dienste verteidigen, sie aber blockieren, wenn die Verhandlungen scheitern. Direkte Aktionen mögen unvermeidbar sein, sind aber auf ein Minimum zu reduzieren. Kreative Wege sind zu finden, Streiks mit Blick auf die gesamte Klasse zu führen (und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass der Stopp der Dienstleistung nur der letzte Ausweg ist). Angestellte bei der Müllabfuhr können sich weigern, den Müll in den wohlhabendsten Stadtteile einzusammeln, oder sie können den Müll im Bankenzentrum abladen, um die Verbindung zwischen Finanzkapital und Sparpolitik herzustellen. Postangestellte können streiken (wie 1990 in Kanada) und dabei dennoch die Schecks für die Rentner und Sozialleistungsbeziehenden austragen. Busfahrer haben sich gelegentlich geweigert, die Fahrscheine zu kontrollieren und dabei den Passagieren gezeigt, wie Transport sein kann, wenn er keine warenförmige Dienstleistung ist. Steuerangestellte können ihr Wissen über Korruption im Steuersystem offenlegen und sich der Öffentlichkeit als Informanten zur Verfügung stellen. Angestellte in der Langzeitpflege können einen Streik durch ein «work-in» ersetzen: statt die Dienstleistung auszusetzen, können sie weitere Kollegen an die Arbeitsplätze bringen um zu demonstrieren, welche Pflege möglich wäre, wenn wir die Bedürfnisse der Patienten wirklich ernst nähmen. Und noch ein anderes Beispiel aus Kanada aus den 90er Jahren sei erwähnt: Als Beschäftigte der Arbeitslosenversicherung dort verpflichtet wurden, den Anteil der Leistungsbeziehenden zu senken, verteilte die Gewerkschaft außerhalb der Büros Anleitungen an die Bezugsberechtigten, wie sie auf Formularfragen antworten sollten, damit keine gesetzliche Grundlage entstehe, ihnen die Leistung zu verweigern. Nicht die Beschäftigten in den Büros, sondern Gewerkschaftsmitarbeiter verteilten die Flugblätter und schützten die Kollegen damit vor Disziplinarstrafen.

Streiks, die Dienstleistungen aussetzen, werden trotzdem immer noch notwendig sein, doch dürfen die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst nie die Tatsache ignorieren, dass

sie nicht nur mit dem Betrieb, sondern mit dem Staat verhandeln. Was ein Ende haben muss, ist die Praxis, dass der Staat sich bei Streiks mit umfassender strategischer Bedeutung eine lokale Gewerkschaftssektion nach der anderen vorknöpfen kann. Solche Kämpfe haben nur dann eine Chance auf Erfolg, wenn sie – statt nur etwas Widerstand zu leisten – die Ressourcen und Fähigkeiten der gesamten Gewerkschaft in die Waagschale werfen: mit Massendemonstrationen, die die Nachbarschaften rund um die Dienstleistungsbetriebe mobilisieren (statt nur die Löhne und Sozialleistungen für die Gewerkschaftsmitglieder anzusprechen), mit rotierenden Streiks quer zu den örtlichen Gewerkschaftssektionen und Wirtschaftsbereichen, mit der Ausweitung der Solidarität auf den Rest der Gewerkschaften des öffentlichen Sektors und schließlich auch durch Einbeziehung der Gewerkschaften im Privatsektor in die direkten Aktionen.

4. Aufbau eines Klassenverständnisses

Eine Sache ist zu betonen, wie entscheidend es ist, dass Lohnabhängige mit den nötigen Strukturen versorgt werden, mit denen sie einen Kampf führen können; eine gänzlich andere Sache ist, die Erneuerung der Gewerkschaften auf ein Wachstum ihrer Mitgliederzahlen zu reduzieren. Das Wachstum der Gewerkschaften zur strategischen Priorität zu erklären, war manchmal erfolgreich. Aber letzten Endes ergeben sich aus dieser Orientierung schwächere Gewerkschaften und nur wenige, ausgleichende, Durchbrüche in neuen Sektoren. Dieser Pfad der Erneuerung schließt aber immer auch Arrangements mit den Unternehmern ein, denen die Bedürfnisse von Lohnabhängigen geopfert werden. Er bewirkt eine Umverteilung der Ressourcen hin zu den Organisationsstrukturen und weg von den gewerkschaftlichen Dienstleistungen, zu denen sie verpflichtet ist. Streiks gelten in dieser Perspektive als eine kostspielige Ablenkung vom Wachstumsziel. Unter diesem engstirnigen Ziel leidet die interne Demokratie (Early und Wilson 2012).

Gleichzeitig haben die Gewerkschaften aber auch unmittelbar vor der eigenen Haustür versagt: Sie halten derzeit nicht einmal Kontakt zu den Mitgliedern, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Diese Praxis löst bei den Betroffenen Ressentiments aus, die sie in neue Arbeitsverhältnisse mitnehmen («Die Gewerkschaft hat sich für mich nur interessiert, solange ich Beiträge gezahlt habe»). Der Grund für diese Vernachlässigung liegt im Unbehagen, wie mit den Frustrationen und Erwartungen von Lohnabhängigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, umzugehen ist, wenn man scheinbar nichts gegen diese Situation tun kann. Aber genau diese Antwort wirft beunruhigende Fragen über das Engagement der Gewerkschaften auf, Lohnabhängige zu organisieren: Wenn die Gewerkschaften nicht einmal ihre früheren Mitglieder mobilisieren können, wie kann man dann erwarten, dass sie neue Mitglieder mobilisieren? Eine Gewerkschaftsbewegung mit einem Klassenverständnis würde ihre Lokale in Gemeinschaftsräume für die entlassenen Mitglieder verwandeln, also in Orte, wo sie mit den ehemaligen Kollegen und Kolleginnen in Kontakt bleiben können, um Informationen und Unterstützung zu bekommen, wie sie von ihren sozialen Rechten Gebrauch machen können, Filme anzusehen, an Fortbildungsmaßnahmen teilzunehmen und auch, um Initiativen für die Schaffung von Jobs zu ergreifen.

Der Schlüssel für den Durchbruch des CIO (Congress of Industrial Organizations) in den unheilvollen 30er Jahren war ehrgeiziges Denken und eine Orientierung, die über die

partikularen Interessen hinausging. Es ging nicht einfach darum, «mehr» Lohnabhängige zu organisieren, sondern auch darum, dem, was John L. Lewis großartig als «gewaltigen Ausbruch menschlicher Empfindungen» bezeichnete, einen institutionellen Ausdruck zu verleihen. Das Ziel war, sowohl qualifizierte als auch unqualifizierte Lohnabhängige zu organisieren, unabhängig von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit oder Herkunft und über alle Sektoren der Massenproduktion hinweg: vom Bergbau über das Automobil, Stahl, Gummi, Textilien bis zur Elektronik – das erste, was die Bergarbeiter nach ihrem großen Durchbruch taten, war die Aussendung Hunderter von Organisatoren – darunter viele Kommunisten –, um die gewerkschaftliche Organisation der Stahlarbeiter zu unterstützen. Die damals aufgebauten Gewerkschaften waren nach Industriezweigen organisiert, und als sich die Gewerkschaften institutionalisierten, wurde diese Einseitigkeit offensichtlich. Aber der Klassengeist, der diese Zeit prägte, war unverkennbar und hatte reale Auswirkungen auf die Gesellschaft. Es ist notwendig, genau dies wieder aufleben zu lassen, um in den Niedriglohnbereichen oder im gewerkschaftsfeindlichen Süden der USA wieder eine gewerkschaftliche Organisation durchzusetzen (Moody 2007: Kapitel 11).

Es stimmt, dass Lohnabhängige, die einer Gewerkschaft beitreten wollen, pragmatisch sind, sie versuchen nicht «die Arbeiterklasse aufzubauen», sondern sie wollen gegen ihre je eigene, besondere, direkte Unterdrückung angehen. Der Erfolg bei der gewerkschaftlichen Organisation Lohnabhängiger hängt jedoch zunehmend davon ab, ob die Gewerkschaften selbst eine breitere strategische Ausrichtung haben, in deren Mittelpunkt der Aufbau eines Klassenverständnisses steht. Eine klassenorientierte Gewerkschaftsbewegung verfügt über eine größere Bandbreite kreativer Taktiken, um Lohnabhängige zu organisieren, selbst wenn die unternehmerische Kosten-Nutzen-Rechnung anderes vermuten lässt (weil z. B. die Beiträge niedriger und der Aufwand für die Gewerkschaft höher sind). Dazu sind gemeinsam organisierte, gewerkschaftsübergreifende Kampagnen auf regionaler Ebene nötig, nicht die kontraproduktive Konkurrenz zwischen den einzelnen Gewerkschaften. Es müssen auch die geeigneten Organisationsräume gefunden werden, um die Probleme am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Bedingungen wie Wohnen oder öffentliche Transportmittel zu behandeln, weil dies neue Wege eröffnet, Lohnabhängige zu erreichen und zu mobilisieren (Mann 2011). Dort, wo es hauptsächlich darum geht sicherzustellen, dass Lohnabhängige ohne Anrecht auf einen Kollektivvertrag ebenfalls Teil der Arbeiterbewegung sind, muss die Tür für eine individuelle Mitgliedschaft in den Gewerkschaften geöffnet werden, besonders für prekär Beschäftigte. Entwickelt sich in einem bestimmten Betrieb eine Konzentration von Mitgliedern, könnte dies als Basis für eine herkömmliche Organisationsanstrengung dienen. Die neue Verhandlungseinheit könnte anschließend wählen, welcher Gewerkschaft sie sich anschließen will. Aber sogar dort, wo das Organisationspotential beschränkt ist, können ein positiver erster Kontakt und das entwickelte Vertrauen sich bei künftigen Organisationsversuchen in anderen Bereichen als nützlich erweisen.

5. Zeit zurückgewinnen

Die Zeit jenseits der Arbeit zurückgewinnen, ist eine Vorbedingung für alle Kämpfe. Die Arbeiterklasse kann nicht Akteur für gewerkschaftliche Erneuerung oder gesellschaftli-

che Umwälzung sein, wenn die Lohnabhängigen nicht die Zeit haben zu lesen, zu denken, sich an Treffen zu beteiligen, zu diskutieren, zu analysieren, Strategien zu entwickeln, zu träumen und zu handeln. Doch diese Zeit schrumpft mehr und mehr. Als in den 1980er und 1990er Jahren die US-Bevölkerung um 25% zunahm, stiegen die Arbeitsstunden in den USA um 46%. Der Anstieg der Arbeitsstunden je Familie (in erster Linie die der Frauen) erklärt besser als ihre Verschuldung, warum Arbeiterfamilien in diesen zwanzig Jahren ihr Konsumniveau halten konnten.²⁶ In Europa und in Kanada wurden frühere Trends zur Arbeitszeitverkürzungen gestoppt oder rückgängig gemacht (Hermann 2012). Männer konnten sich früher auf die geschlechtsspezifische Aufteilung der Hausarbeit verlassen, um Zeit für eigene Aktivitäten zu bekommen. Aber mit der Berufstätigkeit der Lebenspartnerinnen und dem positiven Einfluss des Feminismus auf die Arbeiterbewegung ist diese patriarchale Option weitgehend verschwunden.

Radikale Aufrufe für eine Arbeitszeitverkürzung wie z. B. «30 für 40» (30 Stunden arbeiten für 40 bezahlte Stunden) führen uns nicht sehr weit. In einer Bevölkerungsschicht, die kaum mit der Inflation Schritt halten kann, riecht eine solche Forderung nach einer leeren Parole und würde schnell beiseitegeschoben. Zudem ignoriert sie in ihrer Allgemeinheit die Unterschiede und Ungleichheiten innerhalb der Belegschaften. Einige Lohnabhängige möchten länger, nicht weniger arbeiten, weil sie in unfreiwilliger Teilzeitarbeit festsitzen oder ihre Löhne einfach zu gering sind, um ihre Bedürfnisse zu erfüllen. Durchbrüche bei der Arbeitszeit müssen deshalb kulturelle Veränderungen aufgreifen und der Souveränität über die Zeit gegenüber der Kontrolle über gekaufte Waren ein größeres Gewicht beimessen; von den relativ höher bezahlten Lohnabhängigen kann man erwarten, dass sie vorangehen und dafür kämpfen, sich Produktivitätssteigerungen in Form von Zeit statt in Form von Lohnerhöhungen anzueignen. Das bedeutet eine Umverteilung der Gewinne in bezahlte Zeit. Dieser Zeitgewinn verändert das Alltagsleben, statt sich auf periodische Pausen (Urlaub) und das Ende der Lebenszeit (Ruhestand) zu konzentrieren. Arbeitszeitfragen sind untrennbar mit anderen gesellschaftlichen Fragen verbunden. Die Ausweitung von Vollzeitstellen kommt einer Zeitersparnis für jene gleich, die gegenwärtig zwischen zwei oder drei Jobs hin und her rennen. Dem Druck der Unternehmensführungen zu mehr Flexibilität der Lohnabhängigen (was im Wesentlichen eine umfassendere Verwertung der Ware Arbeitskraft bedeutet) muss ein anderes Konzept von «Flexibilität für die Lohnabhängigen» entgegengesetzt werden – eines, das die Arbeit und die Arbeitspläne mit den Rhythmen des aktiven Lebens jenseits der Arbeit in Einklang bringt. Und Fragen wie die nach der Zeit, die für den Weg zur Arbeit, zu Einrichtungen für die Kinder und für den Zugang zu nicht-kommerziellen Gütern aufgewendet wird – zugänglicher und erschwinglicher Verkehr, Kinderbetreuung, gut funktionierende öffentliche Räume – implizieren ebenfalls Forderungen nach mehr Zeit.

Schlussfolgerung

Bald nach der Einführung des Autofließbands erklärte der Vorsitzende des Departments für Soziologie (sic) von Henry Ford frech: «Mr. Fords Geschäft ist die Schaffung von Menschen, und er stellt Autos her, um seine Kosten zu decken» (Lewchuk 1993). Die «Schaffung von Menschen» für die spezifischen Anforderungen des Kapitals war in der

Tat eine der wesentlichen Herausforderungen und Erfolge des Kapitalismus. Und das wirft die für Sozialisten gewaltigste Frage auf: Können wir wirklich erwarten, dass Lohnabhängige eine alternative Gesellschaft in Erwägung ziehen, geschweige denn erreichen, wenn sie vom Kapitalismus so geprägt und begrenzt sind, ihre Kapazitäten so fragmentiert und verengt sind, ihre Phantasie privatisiert und ihre Erwartungen verwelkt sind, wenn ihre Abhängigkeit von Bossen und Eliten sich täglich bestätigt und sie die Aufgabe von Gestaltungsmacht durch den Konsum von Waren kompensieren?

Wir können in den zahlreichen Widersprüchen des Kapitalismus Hoffnung, in den vielen Taten erlebter Menschenliebe und Solidarität Optimismus und in der Kontinuität des Widerstands der Bevölkerung Bestätigung finden. Aber die Geschichte behauptet unerbittlich, dass ein schmerzlich langer Weg Widerstand und gesellschaftlichen Wandel trennt, und dass uns bislang kein überzeugender Beweis, dass Sozialismus möglich oder gar unvermeidbar sei, tröstet. Das Beste, was man sagen kann, ist, dass es auch keinen Beweis für seine Unmöglichkeit gibt. Sozialismus ist eine bedingte Idee, die darauf beruht, dass eine breit verstandene Klasse der Lohnabhängigen dahin kommt zu erkennen, dass die im Kapitalismus tolerierten persönlichen Kosten, die beiseitegeschobenen Träume und die Kapitulation vor willkürlicher Autorität verschwendete Opfer waren und sind – und mit dieser Erkenntnis zu handeln beginnt. Lohnabhängige können den Funken für neue Möglichkeiten zünden oder auch nicht. Aber wenn Sozialismus möglich ist, ist es nur, wenn sich die Klasse der Lohnabhängigen ins Zentrum der Kämpfe bewegt.

Ist diese Behauptung der Möglichkeit nicht nur eine säkulare Variante eines religiösen Glaubens? In dem Maße wie das bedeutet, auf unsicherem Boden und ohne Erfolgsgarantie zu handeln, ist in der Tat ein Quantum Glauben im Spiel. Aber der grundlegende Unterschied ist der, dass Emanzipation nicht von einer höheren, äußeren Kraft, sondern aus menschlichem Handeln erwartet wird, und dass das sozialistische Projekt sich nicht über die materielle Wirklichkeit hinwegsetzen kann. Es unterliegt dem Praxistest und muss sich an neuen Kenntnissen messen, daher ständig modifiziert werden. Diese Möglichkeit spielt sich innerhalb der Geschichte ab. So gesehen kann es scheinen, geht man von aktuellen Beobachtungen aus, dass die «menschliche Natur» die Unwahrscheinlichkeit des Sozialismus bestätigt. Aber die Frage, wie Gramsci sie formulierte, lautet nicht: «Was ist der Mensch?», sondern «Was kann der Mensch werden?» In diesem Sinne wird das Projekt, die Welt zu erneuern, nicht nur *innerhalb* der Geschichte gemacht, sondern es *fordert* die Geschichte auch *heraus*. Es ist abhängig davon, was Menschen lernen (und verlernen), von den Entscheidungen, die sie treffen und ihren kollektiven Fähigkeiten, neue Strukturen sowohl für die eigene als auch für die gesellschaftliche Umwälzung zu erfinden. Dies schließt die existentielle Wahl ein, unser Leben so zu leben, als ob das Potenzial der Arbeiterklasse, eine neue Welt zu schaffen, tatsächlich Wirklichkeit werden könnte.²⁷

Sam Gindin war Forschungsdirektor der kanadischen Abteilung der United Auto Workers (UAW) und danach Chefökonom und Assistent des Präsidenten der Canadian Auto Workers (CAW), nachdem diese unabhängig von der US Gewerkschaft wurde. 2000 zog sich Gindin von der CAW zurück. Seither unterrichtet er am Political Science Department der York

University in Toronto. Er arbeitet eng mit Leo Panitch, einem der Herausgeber der Zeitschrift *Socialist Register*, zusammen.

Der vorliegende Beitrag wurde erstmals im Jahrbuch *Socialist Register* 2013 mit dem Titel «Rethinking Unions, Registering Socialism» (S. 26–51) publiziert (Übersetzung: Christian Zeller). Wir danken Sam Gindin, der Redaktion von *Socialist Register* und *Merlin Press* für das kostenlose und nichtexklusive Recht, den Beitrag ins Deutsche zu übersetzen und zu publizieren. *Socialist Register* kann beim VSA Verlag in Hamburg (www.vsa-verlag.de) bezogen werden. Online-Ausgaben sind erhältlich bei *Merlin Press* (www.merlinpress.co.uk).

Anmerkungen

1. Die Auseinandersetzung um die Abwahl des Gouverneurs in Wisconsin hat eine breitere Diskussion über diese Schwächen der Gewerkschaften ausgelöst. Siehe den intensiven Austausch zwischen Gordon Lafer, Doug Henwood, Jane McAlvey, Bill Fletcher Jr., Adolph Reed und Mike Elk (2012); sowie Michael Yates Antwort (Yates 2012).
2. Die Anerkennung dieses Sachverhalts spannte sich im 20. Jahrhundert von Lenins Kritik des Ökonomismus in seiner Schrift *Was tun?*, 1902 publiziert, bis zu Eric Hobsbawns (1978) *Marx Memorial Lecture*.
3. Überzeugende Artikulationen der entscheidenden Verbindung zwischen Gewerkschaftsdemokratie und Macht der Arbeiterklasse sind formuliert in Moody (1988), Parker (1999) und Early (2009). Siehe allerdings auch die frühere Herausforderung einer zu frühen Erklärung der Zentralität der internen Gewerkschaftsdemokratie von Fraser und die anschließenden Erwiderungen durch Stanley Aronowitz und anderen (Fraser 1998).
4. Der Begriff des militanten Partikularismus wurde hervorragend durch David Harvey (1996: Kapitel 1) herausgearbeitet.
5. Für reichhaltige Fallstudien über die Grenzen derartiger Bündnisse siehe Ross (2011) und McDonald (2011).
6. Das war nichts Neues. Ein Artikel in der kanadischen Auflage des *Time Magazine* vom Februar 1971 (S. 23) erfasst den disziplinierenden und erwartungssenkenden Effekt des Abwärtstrends zynisch: «Mißgeschicke haben ihren Nutzen: Die Rezession hat in Amerika eine beruhigende Rolle gespielt. Die Suche nach einem Job hat Priorität gegenüber der Suche nach Problemen. Arbeitslosigkeit untergräbt das Vertrauen der Gegenkultur in ein Füllhorn, das dazu in der Lage ist, sowohl die Zielstrebigsten als auch die Aussteiger auf ewig zufrieden zu stellen. Und in unauffälliger Art und Weise hat die Rezession die allgemeine Toleranz von Aufschreien gesenkt, was zu einer Vergrößerung der Sorge für die private Wohlfahrt sorgte, auf Kosten der politischen Sorgen und der theatralischen öffentlichen Inszenierung. Die Bürgersteige sind zu eng für Protestmärsche auf der einen Seite, und gleichzeitig Lebensmittelmarkenschlangen.»
7. Two-tier-wages sind Löhne in einem Lohnsystem, das eine Gruppe von Lohnabhängigen, bspw. die Dienstälteren, gegenüber einer anderen Gruppe, bspw. die Einsteiger bei gleicher Arbeit bevorzugt. Solche Systeme untergraben die Solidarität unter den Beschäftigten (CZ).
8. Der Rückgang der Gewerkschaftsdichte war in den verschiedenen entwickelten Ländern unterschiedlich, aber der Trend des Rückgangs war allgemein derselbe (Schmitt und Mitukiewicz 2011).
9. US Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, CES (Historical), Table B-2: Average Hours and Earnings, www.bls.gov; and US Wages, www.dol.gov.
10. «Das Paradoxon unserer Zeit ist, je mehr die Klassenzugehörigkeit das Leben der Menschen bestimmt, umso weniger Menschen fühlen sich einer Klasse zugehörig» (Porcaro 2008: 45).
11. Wie es Gregg Shotwell, Arbeiter bei der Firma Delphi (Automobilbranche), ausdrückte, als er über die Prekarität selbst innerhalb organisierter Massenindustrien sprach: «Wir sind alle Hilfsmitarbeiter. Wie sind alle entrechtet. Wir sind alle Immigranten innerhalb unserer Geburtsländer.» (Shotwell 2011: 142.)
12. Das Schrumpfen der Anzahl gewerkschaftlich-organisierter Lohnabhängiger in der Fertigung war

ungefähr zu gleichen Teilen dem Rückgang der Arbeitsplätze und dem Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrads geschuldet. Obwohl das Fertigungsvolumen schneller stieg als das BIP, hat der höhere Produktivitätszuwachs zu einer Verringerung der Beschäftigten um 38% geführt, während die Anzahl der gewerkschaftlich-organisierten Arbeiter von über 35% auf unter 11% fiel. In der Zeitspanne von 1980 bis 2007 hat sich die Anzahl der Beschäftigten im privaten Sektor außerhalb der Fertigung um 41 Millionen Lohnabhängige vergrößert, während die Anzahl der Beschäftigten in der Produktion um 8 Millionen zurückging und die Anzahl der gewerkschaftlich-organisierten Lohnabhängigen in der Produktion gar um über 6 Millionen sank.

13. Die Schlagzeile «Die Mitgliedschaften der Gewerkschaften fielen letztes Jahr auf ein 70-Jahres-Tief» in der *New York Times* vom 21. Januar spielte dieses historische Tief sogar noch herunter. Die Dichte an Gewerkschaften war 1901 höher als heutzutage.

14. Im Jahr 2009 zählten die US-amerikanischen transnationalen Konzerne 10,3 Millionen Angestellte im Ausland und ausländische transnationale Konzerne hatten in den USA 5,3 Millionen in den USA.

15. Zu Restrukturierungen im Inland im Gegensatz zum Verschwinden der US-Automobilindustrie siehe Aschoff (2011). Über die Auswirkungen des Scheiterns der Gewerkschaften, die Lohnabhängigen im Süden der USA zu organisieren, siehe Davis (1986) und Goldfield (1987).

16. Ähnlich dazu hat die gewerkschaftlich-geführte Kampagne «Buy American» Firmen als «gut», die ihren Sitz in den USA haben, und Firmen mit Sitz in Japan, die lediglich in den USA fertigen, als «schlecht» identifiziert. Das hielt die Lohnabhängigen ab, die sie organisieren wollten und verwirrte auch die eigenen Mitglieder, die parallel zu Lieferungen an GM, Ford und Chrysler auch regelmäßig Komponenten an die japanischen Firmen lieferten.

17. Der Vorstandsvorsitzende von Caterpillar hat kürzlich die neueste Stufe unternehmerischer Aggressivität formuliert: «Man muss wirklich mit gezogener Waffe und mit klarem Ziel vorgehen, egal wo man ist; ob man sich in Regierungskreisen, der Privatwirtschaft oder in sonstigen Institutionen bewegt – eure Schule in der Tat – und man wirklich seine Konkurrenten genau beobachten und sie schlagen, denn falls nicht, werden sie euch schlagen.» Douglas Oberheman (siehe Gray und Carmichael 2011). Chrysler, dessen Haupteigentümer die in Italien ansässige Firma Fiat ist, begann durch eine spezielle Werbung während des Super Bowl damit, die «Differenzen» beiseite zu legen und die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit «in der zweiten Halbzeit» wiederherzustellen. In Chattanooga, Tennessee bewarben sich 83 000 Arbeitnehmer um 2500 Arbeitsplätze mit einem Gehalt von 30 000 USD pro Jahr. UAW-Präsident Bob King sagte, dass unter solchen Umständen die gewerkschaftliche Organisation «letztendlich von den Firmen abhängt» (z. B. indem die Gewerkschaften ein Abkommen auf der oberen Ebene mit den Unternehmen schließen) (Woodall und Klayman 2011).

18. Ein besonders signifikantes Beispiel ist das Two-Tier-System, das neue und zumeist junge Lohnabhängige diskriminiert und abschreckt – eben jene, von denen eine Erneuerung abhängt. Bis zum Jahr 2015 wird das maximale Einstiegsgehalt für Neueinstellungen der «großen drei» Autobauer aus Detroit um etwa ein Drittel unterhalb des Gehalts eines altgedienten Beschäftigten sein, der die gleiche Arbeit macht und damit inflationsbereinigt deutlich tiefer sein als ein Gehalt vor 60 Jahren. Für eine leidenschaftliche und am Arbeitsplatz orientierte Kritik des Niedergangs der UAW durch den Verkauf von Konzession an die eigenen Mitglieder, beachte man die Sammlung von Beiträgen in Shotwell (2011).

19. Die Zeitschrift *Labor Notes* hat während der neoliberalen Jahre mutige Versuche unternommen, diese Oppositionsgruppen zu verknüpfen.

20. Eine exzellente Diskussion der Stärken und Grenzen jüngerer Reformzusammenschlüsse findet sich in Slaughter (2012).

21. Das Treffen in Washington initiierte das Center for Labor Renewal und integrierte Gewerkschaftsführer, Vertreter der Worker Action Centers und einige Akademiker. Bill Fletcher Jr. plädierte dabei für klassenbasierte Versammlungen in den örtlichen Gemeinschaften (Fletcher und Gaspasin 2008: 170–179).

22. Einer der wichtigsten Unterschiede zwischen dem Vorschlag von Fletcher und Gaspasin und jenem der GTWA war, dass ersterer ein Bündnis vorschlug und letzterer auf individueller Mitgliedschaft basierte. Die GTWA ging aus einer Reihe von Treffen zwischen SozialistInnen und AktivistInnen im Jahr 2008 hervor, da beide Seiten frustriert über die Grenzen ihrer eigenen bisherigen Aktivitäten waren – wie positiv diese auch immer waren. Die Arbeiterversammlung trifft sich zweimal jährlich, mit allgemeinen

Mitgliederversammlungen dazwischen im Monatstakt, animiert Bildungsgruppen im Kaffeehaus und offene Foren. Die Kampagnenarbeit wird hauptsächlich von Komitees getragen (wie gegenwärtige Kampagnen für kostenlosen, öffentlichen Verkehr, Interventionen gegen die Angriffe auf die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor und feministische Aktionen). Sie ist ausgesprochen antikapitalistisch, was praktisch eine Offenheit gegenüber radikalen Alternativen bedeutet und sie ist bestrebt, eine Balance von intellektueller und aktivistischer Arbeit zu finden. Für einen Überblick über die GTWA siehe Rosenfeld (2011).

23. 90% der 137 WACs in den USA unterstützen niedrig entlohnte, nichtgewerkschaftlich organisierte Migranten (Fine 2006; Brown 2012).

24. Es gibt nichtsdestotrotz einige spannende Experimente dieser Zentren mit wichtigen Lehren für Linke in Bezug auf die Organisation, zum Beispiel das Los Angeles Community Strategy Center, das Miami Worker Center, POWER in San Francisco und das Media Mobilizing Project in Philadelphia.

25. Selbst bei relativ niedrigen Arbeitslosenraten werden anständige Jobs nicht mehr notwendigerweise angeboten. Im Jahr 2004 sank die Arbeitslosenrate auf 4 %, aber die Lohnabhängigen waren nicht weniger unsicher weil die Restrukturierungen so intensiv waren (die offenen Stellen waren entweder schlechter oder nicht zugänglich für gerade arbeitslos gewordene Lohnabhängige). In einem Kontext beschleunigter Restrukturierungen setzt sich die Reservearmee nicht mehr nur aus den Arbeitslosen zusammen, sondern umfasst auch die Prekären und Niedrigentlohnerten (Standing 2011; Evans und Gibb 2009).

26. US Population Census, erhältlich bei www.census.gov; US Bureau of Labor, Employment, Hours and Earnings, Table B-4: Indexes of aggregate weekly hours and payrolls, erhältlich bei www.bls.gov. Nur gegen Ende der 90er Jahre wurde die Verschuldung wichtiger als die Stunden zusätzlicher Arbeit für die Budgets der Familien.

27. Daniel Bensaïd bezeichnete dies treffend als eine «strategische Hypothese» (Bensaïd 2006).

Literatur

Albo, Greg, Sam Gindin, Leo Panitch (2010): *In and out of crisis. The global financial meltdown and left alternatives*. Oakland/CA: PM Press.

Albo, Gregory (2005): *Contesting the «new capitalism»*. In: D. Coates (Ed.): *Varieties of capitalism, varieties of approaches*. New York: Palgrave Macmillan. S. 63–82.

Anderson, Perry (2000): *Renewals*. In: *New Left Review* 1: 1–20.

Aronowitz, Stanley (2006): *Left turn. Forging a new political future*. Boulder/CO: Paradigm.

Aschoff, Nicole (2011): *A tale of two crises. Labour, capital and restructuring in the US auto industry*. In: *The Socialist Register* 2012: 125–148.

Baccaro, Lucio (2010): *Does the global financial crisis mark a turning point for labour*. In: *Socio-Economic Review* 8 (2): 341–376.

Barefoot, Kevin B., Raymond Mataloni Jr (2011): *Operations of U.S. multinational companies in the United States and abroad. Preliminary results from the 2009 benchmark survey*. In: *Survey of Current Business*. www.bea.gov.

Bensaïd, Daniel (2006): *On a recent book by John Holloway*. In: *International Viewpoint* 379. www.internationalviewpoint.org.

Blackburn, Robin (2011): *Crisis 2.0*. In: *New Left Review* 72: 33–62.

Brown, Jenny (2012): *Can labor organize the unemployed?* In: *Labor Notes*, 14. 2. 2012.

Clifton, Jim (2011): *The coming jobs war. What every leader must know about the future of job creation*. New York: Gallup Press.

Cowie, Jefferson (2010): *Stayin' alive. The 1970s and the last days of the working class*. New York: The New Press.

Davis, Mike (1986): *Prisoners of the American dream*. New York: Verso.

Deitz, Richard, James Orr (2006): *A leaner, more skilled U.S. manufacturing workforce*. In: *Current Issues in Economics and Finance* 12 (2): 7.

- Eagleton, Terry (2011): *Why Marx was right*. New Haven/CT: Yale University Press.
- Early, Steve (2009): *Embedded with organized labor. Journalistic reflections on the class war at home*. New York: Monthly Review Press.
- Early, Steve, Rand Wilson (2012): *Back to the future. Union survival strategies in open shop America*. In: M. D. Yates (Ed.): *Wisconsin uprising: Labor fights back*. New York: Monthly Review Press. S. 125–137.
- Evans, John, Euan Gibb (2009): *Moving from precarious employment to decent work*. Discussion Paper 13. Geneva: Global Union Research Network.
- Fine, Janice (2006): *Worker centers: Organizing communities at the edge of the dream*. Ithaca: Cornell University Press.
- Fletcher Jr, Bill, Fernando Gaspasin (2008): *Solidarity divided. The crisis in organized labor and a new path to social justice*. Berkeley: University of California Press.
- Fletcher Jr, Bill (2004): *Labor's renewal? Listening to the 1920s and the 1930s labor fall*. In: *Labor Studies in Working-Class History of the Americas* 1 (3): 13–18.
- Fox Piven, Frances (2011): *The new American poorlaw*. In: *The Socialist Register* 2012: 108–124.
- Fraser, Steve (1998): *Is democracy good for unions*. In: *Dissent* 45 (3).
- Goldfield, Michael (1987): *The decline of organized labor in the United States*. Chicago: University of Chicago Press.
- Gorz, Andre (1967): *Strategy for labor*. Boston: Beacon Press.
- Gray, Jeff, Kevin Carmichael (2011): *Bracing for trouble on the picket line*. In: *The Globe and Mail*, 7.1.2011.
- Greenhouse, Steven (2011): *Union membership in U.S. fell to a 70-year low last year*. In: *New York Times*, 21.1.2011.
- Harvey, David (1996): *Justice, nature and the geography of difference*. Cambridge/MA, Oxford/UK: Blackwell.
- Henly, Samuel E., Juan M. Sánchez (2009): *The U. S. establishment-size distribution. Secular changes and sectoral decomposition*. In: *Economic Quarterly* 95 (4): 419–454. www.richmondfed.org.
- Hermann, Christoph (2012): *The political economy of work time. A political, theoretical and historical account*. Doctoral Dissertation, University of Vienna.
- Hobsbawn, Eric (1978): *The forward march of labour halted (Marx memorial lecture)*. In: *Marxism Today*. September 1978.
- Holmes, Thomas J. (2011): *The case of the disappearing large-employer manufacturing plants: Not much of a mystery after all*. *Economic Policy Paper (II-4)*, July, Federal Reserve Bank of Minneapolis.
- Hurley, Michael, Sam Gindin (2012): *The assault on public services. Will unions lament the attacks or lead a fightback?* In: M. D. Yates (Ed.): *Wisconsin uprising. Labor fights back*. New York: Monthly Review Press. S. 185–200.
- Lafer, Gordon et al. (2012): *OpinionNation: Labour's bad recall*. In: *The Nation*, 3.7. www.thenation.com/blog/168435/opinionnation-labors-bad-recall.
- Lewchuk, Wayne (1993): *Men and monotony. Fraternalism and managerial strategy at the Ford Motor Company*. In: *The Journal of Economic History* 53 (4): 824–856.
- Magri, Lucio (1970): *Problems of the Marxist theory of the revolutionary party*. In: *New Left Review* 60: 97–128.
- Mann, Eric (2011): *Playbook for progressives*. Boston: Beacon Press.
- Marx, Karl, Friedrich Engels (1848): *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*. Bd. 4. Berlin: Dietz, 1959. S. 459–493
- McDonald, Ian (2011): *Labour and the City. Trade union strategy and the reproduction of neoliberal urbanism*. Doctoral Dissertation, Political Science, York University, Toronto.
- Miliband, Ralph (1965): *Marx and the state*. In: *The Socialist Register* 2: 278–296.
- Moody, Kim (1988): *An injury to all. The decline of American unionism*. London, New York: Verso.

- Moody, Kim (2007): *US labor in trouble and transition*. New York: Verso.
- Panitch, Leo (2000): Reflections on strategies for labour. In: *The Socialist Register 2001*: 367–392.
- Panitch, Leo, Sam Gindin (1999): Transcending pessimism. Rekindling socialist imagination. In: *The Socialist Register 2000*: 1–9.
- Parker, Mike, Martha Gruelle (1999): *Democracy is power. Rebuilding unions from the bottom up*. Detroit: Labor Notes.
- Porcaro, Mimmo (2008): Labour and life. Memorandum for a future investigation of (class?) consciousness. In: *Transform 2*: 45–53.
- Reed Jr, Adolph (2001): *Class notes*. New York: The New Press.
- Reed Jr, Adolph (2002): Unraveling the relation of race and class in American politics. In: D. E. Davis (Ed.): *Political power and social theory*. Bingley: Emerald Group Publishing. S. 256–315.
- Rosenfeld, Herman (2011): The Greater Toronto Workers Assembly: A hopeful experiment. In: *New Politics XIII-3* (51).
- Ross, Stephanie (2011): Social unionism in hard times. Union-community coalition politics in the CAW Windsor's manufacturing matters campaign. In: *Labour/Le Travail 68* (1): 79–115. http://muse.jhu.edu/journals/labour_le_travail/v068/68_ross.html.
- Schmitt, John, Alexandra Mitukiewicz (2011): *Politics matter. Changes in unionization rates in rich countries 1960–2000*. Washington: Center for Economic and Policy Research.
- Shotwell, Gregg (2011): *Autoworkers under the gun*. Chicago: Haymarket.
- Slaughter, Jane (2012): The vision thing. Keeping union reform on track. In: *Labor Notes*.
- Standing, Guy (2011): *The precariat. The new dangerous class*. London: Bloomsbury.
- Swartz, Donald, Rosemary Warskett (2012): Canadian labour and the crisis of solidarity. In: S. Ross, L. Savage (Ed.): *Rethinking the politics of labour in Canada. An introduction*. Halifax: Fernwood. S. 22–25.
- Tufts, Steven, Mark Thomas (2011): Worker power in an age of uneven austerity. In: *The Bullet 541*. www.socialistproject.ca/bullet/541.php.
- Urban, Hans-Jürgen (2011): Crisis corporatism and trade union revitalization in Europe. In: S. Lehnendorff (Hrsg.): *A triumph of failed ideas. European models of capitalism in crisis*. Brussels: European Trade Union Institute. S. 219–242.
- Williams, Raymond (1989): *Resources of hope*. London, New York: Verso.
- Woodall, Bernie, Ben Klayman (2011): UAW organizing drive targets VW, Daimler in U.S. Reuters, 29.12.2011.
- Yates, Michael D. (2012): Are you now or have you ever been an «anti-labor leftist»? In: *Counterpunch*, 2 July. www.counterpunch.org/2012/07/02.